

Verfassungsschutz in Hessen

Bericht 1980



Vorwort

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland bekennt sich zur streitbaren Demokratie. Seine Verfasser wollten nach den bitteren Lehren der Vergangenheit alle Vorkehrungen treffen, um die Wiederkehr einer Gewalt- und Willkürherrschaft auszuschließen und eine rechtsstaatliche Ordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der durch demokratische Wahl zustande gekommenen jeweiligen Mehrheit in Freiheit und Gleichheit zu sichern.

„Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig“ (Artikel 21 Abs. 2 des Grundgesetzes). „Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten“ (Artikel 9 Abs. 2 des Grundgesetzes). „Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5

Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16 Abs. 2) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte“ (Artikel 18 Satz 1 des Grundgesetzes).

Um zu verhindern, daß diese Bestimmungen von den jeweils Regierenden zur Unterdrückung mißliebiger Minderheiten mißbraucht werden, kann nur das Bundesverfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit einer Partei feststellen und die Verwirkung von Grundrechten aussprechen; Vereinigungsverbote sind einem rechtsstaatlich geregelten Verfahren unter gerichtlicher Kontrolle vorbehalten.

Verfassungsfeindliche Parteien und Organisationen legen in der Regel ihre Ziele und Absichten nicht offen dar, sondern versuchen sie zu verschleiern. Sie tun dies nicht nur, weil sie Verbote oder andere staatliche Abwehrmaßnahmen fürchten, sondern auch, weil sie wissen, daß die überwältigende Mehrheit des Volkes den freiheitlichen Rechtsstaat in der Ausprägung des Grundgesetzes bejaht. Ihre Tätigkeit und ihre Bestrebungen müssen deshalb beobachtet und analysiert, vor drohenden Gefahren muß gewarnt werden. Dies ist die Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden, die in Artikel 73 Nr. 10 des Grundgesetzes — erstmals in einer Verfassungsurkunde — Aufnahme gefunden hat.

Die Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden dürfen aber nicht nur der Vorbereitung staatlicher Abwehrmaßnahmen dienen. Wichtiger noch ist die politische Auseinandersetzung

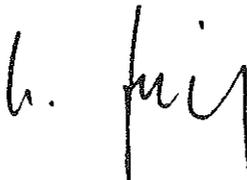
mit den von Extremisten drohenden Gefahren. Dies ist eine Aufgabe aller demokratischen Organisationen, aber auch jeden dazu bereiten Bürgers.

Ihnen will der Verfassungsschutzbericht einen Überblick über die Entwicklung extremer Bestrebungen geben, aber auch im Einzelfall die eigentliche Zielsetzung sich demokratisch gebärdender extremer Organisationen anhand ihrer Schriften, Äußerungen und Aktivitäten nachweisen. Die Darstellung von Nebenorganisationen und extrem beeinflussten Organisationen soll dem Bürger helfen zu erkennen, wo sein guter Wille unter dem Deckmantel unverfänglicher Zielsetzungen mißbraucht werden soll.

Die Arbeit der Verfassungsschutzbe-

hörden ist schwerer und verantwortungsvoller geworden. Zwar können extreme Parteien vor dem kritischen Auge des Wählers nicht bestehen; doch hat wohl gerade das Bewußtsein der politischen Bedeutungslosigkeit zu Gewalttaten geführt und neben dem linksextremen nun auch einen rechtsextremen Terrorismus entstehen lassen. Hinzu kommen Gewalttaten zwischen Ausländergruppen, die heimatliche Auseinandersetzungen bei uns fortführen.

Den Mitarbeitern des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen, auf deren Arbeit auch dieser Bericht beruht, möchte ich an dieser Stelle erneut für ihre nur unter persönlichen Opfern zu erbringende verantwortungsvolle Tätigkeit danken.



Ekkehard Gries
Hessischer Minister des Innern

Gesetzliche Grundlagen	5
Grundgesetz	5
Verfassungsschutzgesetz	5
Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz	7
Parlamentarische Kontrolle	7
Organisation des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen	8
Informativer Verfassungsschutz	9
Rechtsextreme Bestrebungen	11
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	11
Nebenorganisationen der NPD	13
Sonstige traditionelle rechtsextreme Gruppen	13
Neonazistische Bestrebungen	14
Deutsche Bürgerinitiative e. V. (DBI)	14
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG)	14
Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit (VSBD/PdA) ..	15
Buchladen „Verlag Volk und Kosmos“ (VVK)	16
Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG)	16
Deutsche Aktionsgruppen	17
Sprengstoffanschlag am 26. September in München	18
Mord und Mordversuch an Schweizer Zoll- und Polizeibeamten	18
Verbindungen zu ausländischen Rechtsextremisten	18
Staatliche Maßnahmen gegen Rechtsextremisten	19
Neonazistische Ausschreitungen	19
Beurteilung	20

Linksextreme Bestrebungen	21
Orthodoxer Kommunismus	22
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	22
Nebenorganisationen der DKP	26
DKP-beeinflußte Organisationen	29
Neue Linke	31
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)	31
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	33
Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML — jetzt KPD)	33
Kommunistischer Bund	34
Sonstige kommunistische Gruppen	35
Undogmatische Neue Linke	36
Linksextreme Bestrebungen an den Hochschulen	37
Terrorismus	37
Rote Armee Fraktion (RAF)	37
Revolutionäre Zellen (RZ)	39
Bewegung 2. Juni	39
Umfeld des Terrorismus	40
Beurteilung	40
Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern ...	42
Türkische Gruppen	42
Kroatische Gruppen	43
Iranische Gruppen	44
Palästinensische Gruppen	44
Afghanische Gruppen	44
Beurteilung	45
Spionageabwehr	45
Allgemeine Lage	45
Werbungsanlässe und -methodik	46
Umfang und Ziele nachrichtendienstlicher Aktivitäten	47
Führungsmethodik	48
Beurteilung	48

Gesetzliche Grundlagen

Grundgesetz

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland sieht für die Aufgaben des Verfassungsschutzes vor:

Art. 73 Nr. 10

Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über . . . die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder . . .

- b) zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes (Verfassungsschutz) und
- c) zum Schutze gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, . . .

Art. 87 Abs. 1 Satz 2

Durch Bundesgesetz können . . . Zentralstellen . . . zur Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes und des Schutzes gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, eingerichtet werden.

Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes

vom 27. September 1950 (BGBl. S. 682), geändert durch Gesetz vom 7. August 1972 (BGBl. I S. 1382)

§ 1

- (1) Der Bund und die Länder sind verpflichtet, in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zusammenzuarbeiten.
- (2) Die Zusammenarbeit besteht auch in gegenseitiger Unterstützung und Hilfeleistung.

§ 2

- (1) Für die Zusammenarbeit des Bundes mit den Ländern errichtet der Bund ein Bundesamt für Verfassungsschutz als Bundesoberbehörde. Es untersteht dem Bundesminister des Innern.
- (2) Für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund bestimmt jedes Land eine Behörde zur Bearbeitung von Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

§ 3

- (1) Aufgabe des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über
 - 1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,

2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich dieses Gesetzes für eine fremde Macht,
 3. Bestrebungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.
- (2) Ferner wirken das Bundesamt für Verfassungsschutz und die nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden mit
1. bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
 2. bei der Überprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
 3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.
- (3) Polizeiliche Befugnisse oder Kontrollbefugnisse stehen dem Bundesamt für Verfassungsschutz nicht zu. Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben nach Absatz 1 und Absatz 2 ist es befugt, nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden. Das Amt darf einer polizeilichen Dienststelle nicht angegliedert werden.
- (4) Die Gerichte und Behörden und das Bundesamt für Verfassungsschutz leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe (Artikel 35 GG).

§ 4

- (1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz unterrichtet die in jedem Lande gemäß § 2 Abs. 2 bestimmte Behörde über alle Unterlagen, deren Kenntnis für das Land zum Zwecke des Verfassungsschutzes erforderlich ist.
- (2) Die in den Ländern bestimmten Behörden unterrichten das Bundesamt über alle Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, von denen sie Kenntnis erhalten und die für den Bund, die Länder oder eines von ihnen von Wichtigkeit sind.
- (3) Ist gemäß § 2 Abs. 2 eine andere als die Oberste Landesbehörde bestimmt, so ist die Oberste Landesbehörde gleichzeitig zu benachrichtigen.

§ 5

- (1) Die Bundesregierung kann, wenn ein Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes erfolgt, den Obersten Landesbehörden die für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund auf dem Gebiete des Verfassungsschutzes erforderlichen Weisungen erteilen.
- (2) Der Bundesminister des Innern kann im Rahmen des § 3 den nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden Weisungen für die Zusammenarbeit in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes erteilen. § 4 Abs. 3 gilt sinngemäß.

§ 6

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz

vom 19. Juli 1951 (GVBl. S. 43), geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 21. März 1962 (GVBl. S. 213)

§ 1

(1) Gemäß § 2 Abs. 2 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes vom 27. September 1950 (BGBl. S. 682) wird für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes ein Landesamt für Verfassungsschutz errichtet. Es untersteht dem Minister des Innern.

(2) Der Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz ist Beamter im Sinne des § 57 des Hessischen Beamtengesetzes.

§ 2

Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht zu.

§ 3

(1) Die hessischen Behörden sind dem Landesamt für Verfassungsschutz zur Auskunft verpflichtet. Auf dessen Ersuchen haben sie ihm Unterlagen über Bestrebungen, die eine Aufhebung, Änderung oder Störung der verfassungsmäßigen Ordnung im Bund oder in einem Lande oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Mitglieder verfassungsmäßiger Organe der Bundesrepublik oder eines Landes zum Ziele haben, zu übersenden.

(2) Die hessischen Behörden sind verpflichtet, dem Landesamt für Verfassungsschutz unverzüglich Mitteilung zu machen, wenn ihnen Bestrebungen der in Absatz 1 bezeichneten Art bekannt werden.

§ 4

Die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsvorschriften erläßt der Minister des Innern im Einvernehmen mit dem beteiligten Fachminister.

§ 5

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Parlamentarische Kontrolle

Die parlamentarische Kontrolle über das LfV Hessen übt innerhalb des Hessischen Landtags der ständige Ausschuß (Hauptausschuß) aus. Dies beruht auf § 25 Abs. 6 Satz 1 der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags, der lautet: Im übrigen ist der Hauptausschuß insbesondere zuständig für die Beratung von Gegenständen, die verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Bedeutung haben, sowie von Gegenständen, die aus Sicherheitsgründen vertraulicher Behandlung bedürfen.

Organisation des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen (LfV)

Das LfV Hessen ist eine obere Landesbehörde und gehört zum Geschäftsbereich des Hessischen Ministers des Innern. Es nahm seine Tätigkeit am 28. November 1950 auf. Die Dienststelle befindet sich in Wiesbaden und ist unter Postfach 3905 bzw. der Telefonnummer (06121) 77821 zu erreichen.

Das LfV gliedert sich in 6 Abteilungen mit folgender Zuständigkeit:

Abteilung Z — Verwaltung

Abteilung I — Zentrale Fachfragen,
Nachrichtendienstliches
Informationssystem (NADIS),
Auswertung Rechtsextremismus,
Auswertung Sicherheitsgefährdende
Bestrebungen von Ausländern

Abteilung II — Beschaffung

Abteilung III — Auswertung Linksextremismus
und Terrorismus

Abteilung IV — Spionageabwehr

Abteilung V — Geheimschutz

Informativer Verfassungsschutz

Unabhängig vom Landesamt für Verfassungsschutz besteht im Hessischen Ministerium des Innern ein Referat für «informativen Verfassungsschutz». Die Aufgaben dieses schon 1968 eingerichteten Referats sind 1974 durch Beschlüsse der Ständigen Konferenz der Innenminister/-senatoren der Länder (IMK) konkretisiert worden. In dem Programm für die «Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland» formulierte die IMK im Februar 1974 als Forderung:

«Verfassungsschutz durch Aufklärung: Die freiheitliche demokratische Grundordnung kann auf Dauer nur durch die politische Auseinandersetzung mit den verfassungswidrigen Bestrebungen gesichert werden.» In Ausführung dieses Programmsatzes beschloß die IMK am 9. Dezember 1974 die Rahmenkonzeption «Verfassungsschutz durch Aufklärung». In ihrer Sitzung am 2. Februar 1979 hat sie ihre wiederholt geäußerte Auffassung bekräftigt, daß in der Öffentlichkeit Aufgaben, Notwendigkeit, Tätigkeit und Stellung der Verfassungsschutzbehörden besser zu verdeutlichen sind.

Es handelt sich um zwei Aufgabenbereiche, die wechselseitig in einem engen Zusammenhang stehen:

- *Umfassende verfassungsrechtliche und politische Aufklärung über Wesen, Einrichtung und Praxis des Verfassungsschutzes als eines komplexen Sicherungs- und Abwehrsystems gegenüber verfassungswidrigen Bestrebungen einschließlich Darstellung seiner Probleme und rechtlichen Kontrollen.*
- *Information über Art und Umfang der verfassungswidrigen Bestrebungen mit dem Ziel, die geistige*

Auseinandersetzung im Rahmen der politischen Bildungsarbeit zu unterstützen.

Der informative Verfassungsschutz befaßt sich auch mit Informationen aus der Ursachenforschung über den politischen Extremismus.

Das Referat beteiligt sich an der Aus- und Fortbildung des öffentlichen Dienstes, insbesondere im Bereich der Polizei und der allgemeinen inneren Verwaltung, unterstützt Lehrer in der politischen Bildungsarbeit, sucht aber auch das unmittelbare Gespräch mit Schülern. Einen wesentlichen Teil der Arbeit macht die Diskussion mit Hochschullehrern und Studenten aus. Politische Parteien, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände und Kirchen haben seit Jahren mit dem informativen Verfassungsschutz Veranstaltungen durchgeführt.

Vorträge, die vom Referat für informativen Verfassungsschutz gehalten werden und Themen, an deren Diskussion sich das Referat beteiligen kann:

- Verfassungsschutz in der rechtsstaatlichen Demokratie
- Rechtsgrundlagen, Aufgaben und Praxis der Ämter für Verfassungsschutz einschließlich ihrer Kontrolle
- Besondere Probleme des Verfassungsschutzes (Amtshilfe- und Datenschutzrecht)
- Extremisten im öffentlichen Dienst
- *Historische Entwicklung, Gefahren des politischen Extremismus und rechtliche Probleme*
- Zur Problematik des Parteiverbots nach Art. 21 Abs. 2 GG
- Spionageaufklärung in der Bundesrepublik Deutschland
- *Darstellung von besonderen Fällen*
- Der informative Verfassungsschutz als spezieller Weg in Hessen der Bund/Länder-Konzeption «Verfassungsschutz durch Aufklärung»

- Verfassungsschutz und politische Bildung
Gemeinsame Lernziele
- Probleme des polizeilichen Verfassungsschutzes
Fragen des Versammlungs- und Demonstrationsrechts
- Strafrechtlicher Verfassungsschutz
- Zu den Ursachen der politischen Gewalkriminalität
Deutungsversuche an heutigen Beispielen
- Linksextreme Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland
Organisationen, Taktik und politische Zielsetzungen
- Die Auseinandersetzung zwischen orthodoxen Kommunisten und der extremen Neuen Linken
- Zu den Ursachen linksextremer Bestrebungen
Militanter Antikapitalismus, Proteste gegen die moderne Industriegesellschaft
- Zur politischen Auseinandersetzung mit den linksextremen Bestrebungen
Probleme, Erfahrungen und Vorschläge
- Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland
Zur Diskussion über die Ursachen
- Rechtsextreme Denkvorstellungen in Staat und Gesellschaft
Autoritäre Einstellungen, Antisemitismus, emotionaler Antikommunismus
- Der organisierte Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland
Daten und Fakten über Organisationsstrukturen rechtsextremer Gruppen
- Neonazistische Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland
- Taktik und Methoden des Rechtsextremismus
Propaganda und Techniken rechtsextremer Agitation
- Der Nährboden des Rechtsextremismus
Deutung der Wahlergebnisse und Darstellung der Trägergruppen sowie der sie begünstigenden Faktoren
- Die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Bestrebungen
Erfahrungen aus der Praxis und Anregungen.

Rechtsextreme Bestrebungen

Allgemeine Entwicklungstendenzen

Wesentliches Merkmal rechtsextremer Aktivitäten war auch 1980 die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie. Staatliche Institutionen, die in den Parlamenten vertretenen Parteien und führende Politiker wurden diffamiert, um die Bundesrepublik Deutschland im Bewußtsein ihrer Bürger herabzusetzen. Erneut wurden das NS-Regime gerechtfertigt, die von den Nationalsozialisten begangenen Verbrechen verharmlost und die Wiedereinführung des Führerprinzips gefordert. Weitere Kennzeichen dieser Bestrebungen waren ein übersteigerter Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus. Besonders ausgeprägt traten diese Merkmale bei jugendlichen Rechtsextremisten zutage.

Die schon seit Jahren beobachtete Entwicklung hat sich 1980 verstärkt fortgesetzt:

- Die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)* und ihre Nebenorganisationen erreichten den bisherigen Tiefpunkt. Kennzeichnend hierfür waren weiter sinkende Mitgliederzahlen und erneut große Stimmenverluste bei der Bundestagswahl.
- Der Verlust von Anhängern setzte sich auch bei den der NPD vergleichbaren Organisationen fort. Lediglich Dr. Frey, der Herausgeber der *Deutschen National-Zeitung (DNZ)*, konnte durch die Gründung der *Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA)* seine Anhängerschaft vergrößern.
- Im Gegensatz zu dem traditionellen Rechtsextremismus mußte bei den sogenannten Neonazis ein weiteres Ansteigen der Aktivitäten, mehr Mi-

litanz und Gewaltanwendung festgestellt werden. Sie sind für mehrere Gewalt- und Tattaten, bei denen es zahlreiche Tote und Verletzte gab, verantwortlich. Nach jahrelangem Reden und Planungen von Gewalt, Terror, Waffenbeschaffung und ähnlichem folgten nun Taten. Dies geschah, obwohl im Zusammenhang mit staatlichen Maßnahmen verschiedene neonazistische Gruppierungen ihre Aktivitäten einschränkten oder ganz aufgaben. So wurde die *Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG)* durch den Bundesminister des Innern verboten. Drei führende Aktivisten hessischer neonazistischer Gruppierungen verbüßen derzeit längere Freiheitsstrafen. Besonders fanatisierte Anhänger traten jedoch weiter durch rechtsextreme Aktivitäten in Erscheinung. Unabhängig von festen organisierten Gruppierungen wurden gemeinsam Aktionen geplant. Sichtbarer Ausdruck hierfür war auch das erneute Ansteigen von neonazistischen Ausschreitungen und Schmierereien.

- Hervorzuheben ist die zunehmende Internationalisierung des Rechtsextremismus, die es den Anhängern insbesondere der neonazistischen Zusammenschlüsse nicht nur erlaubt, im Ausland bei Gesinnungsgenossen unterzutauchen, sondern von dort auch Unterstützungen vielfältiger Art zu erhalten.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Die 1964 in Hannover gegründete *NPD* wird weiterhin von Rechtsanwalt Dr. Mußnug, Tuttlingen, geführt. Ihr Presseorgan ist die Zeitung *Deutsche Stimme*. Die Partei hat derzeit etwa 7000 Mitglieder und damit gegenüber dem Vorjahr erneut rund 1000 Mitglieder verloren.

Der hessische Landesverband, der noch etwa 600 Mitglieder zählt — das sind rund 150 weniger als im Vorjahr —, wird seit Anfang 1981 von Erich Gutjahr, Frankfurt am Main, geleitet. Der erst im Januar 1980 zum Landesvorsitzenden gewählte Karl Philipp, Darmstadt, wurde Ende des Jahres wegen parteischädigenden Verhaltens seines Amtes enthoben.

Der Landesverband war, wie im Vorjahr, wegen interner Auseinandersetzungen nur beschränkt arbeitsfähig. Dem Vorsitzenden Philipp gelang es nicht, den Verband zu aktivieren. Aktionen, insbesondere anlässlich der Wahl zum 9. Deutschen Bundestag, gingen nur von einzelnen Kreisverbänden aus. Die Bevölkerung nahm hiervon jedoch kaum Notiz und erteilte der *NPD* eine schwere Wahlniederlage. Die *NPD*, die nur mit Landeslisten kandidierte, erreichte 67.798 Zweitstimmen (= 0,2%) gegenüber 122.428 Zweitstimmen (= 0,3%) 1976. In Hessen erhielt sie 7.921 Zweitstimmen (= 0,2%) gegenüber 11.988 Zweitstimmen (= 0,3%) 1976.

Der Abwärtstrend der Partei ist deutlich. Hinzu kamen finanzielle Schwierigkeiten. Die *NPD* hat auf Bundesebene noch über 700.000 DM Wahlkampfschulden aus früheren Jahren. Die Beitragseinnahmen und das Spendenaufkommen sind rückläufig.

Die *NPD* setzte 1980 mit dem Slogan «Ausländerstopp — Deutschland den Deutschen» ihre bereits im Vorjahr begonnene Kampagne gegen die «Überfremdung des deutschen Volkes» fort. Mit groß aufgemachten Aufrufen, die u. a. in ihrem Presseorgan *Deutsche Stimme* erschienen, bat sie um Unterstützung, damit verhindert werde, «daß im Jahr 2000 das Todesurteil am deutschen Volk vollzogen sein wird».

Die ausländerfeindliche Agitation der *NPD* wurde von einer *Bürgerinitiative Ausländerstopp* unterstützt, die Anfang 1980 auf Betreiben des *NPD*-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen gegründet worden ist. Zwischenzeitlich sind alle Landesverbände dieser Bürgerinitiative beigetreten. Sie hat das Ziel, durch ein Volksbegehren in Nordrhein-Westfalen einen Gesetzentwurf zur Rückführung der ausländischen Arbeitnehmer in ihre Heimatländer einzubringen. Mit ihrer Forderung nach «Rückkehr ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien» sieht sich die Bürgerinitiative «im Einklang mit dem Mehrheitswillen des deutschen Volkes». Das Volksbegehren wurde von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht zugelassen.

Der hessische Landesverband behandelte als weiteres zentrales Thema die Wiedervereinigung. Als erster Schritt auf dem Weg zur Einheit des deutschen Volkes wurde in den *NPD-Stimmen der hessischen Nationaldemokraten* im November gefordert: «Die drei deutschen Staaten Bundesrepublik Deutschland (einschließlich West-Berlin), Deutsche Demokratische Republik (einschließlich Ost-Berlin) und die deutsche Republik Österreich treffen sich mit jeweils gleichviel Vertretern zu einer «Deutschen Versammlung» im Herzen Deutschlands. Der Landesvorsitzende Philipp forderte in einem Artikel derselben Ausgabe die «deutsche Blockfreiheit» und warb für die von ihm vertretene These «raus aus NATO und Warschauer Pakt».

Schließlich gründete Philipp mit einigen Parteifreunden Ende des Jahres die *Vereinigung für Gesamtdeutsche Neutralität (VGN)*, die als Hauptziel «die Verhinderung eines europäischen Bürgerkrieges» angab. Da seine The-

sen nicht von der Mehrheit der hessischen *NPD* getragen wurden, wurde er als Landesvorsitzender abgesetzt. Außerdem leitete man gegen ihn ein Parteiausschlußverfahren ein.

Nebenorganisationen der NPD

Die 1969 gegründeten *Jungen Nationaldemokraten (JN)* verstehen sich als Nebenorganisation und geistig belebendes Element der *NPD*. Sie haben auf Bundesebene etwa 1.000 Mitglieder. Der Landesverband Hessen zählt derzeit etwa 60 Mitglieder. Er hat damit gegenüber dem Vorjahr mehr als die Hälfte seiner Mitglieder verloren.

Die *NPD* begrüßte besonders die Abgrenzung der *Jungen Nationaldemokraten* gegenüber neonazistischen Gruppen. Dennoch fielen vereinzelt *JN*-Mitglieder durch neonazistische Aktivitäten auf.

Die hessischen *Jungen Nationaldemokraten* beschränkten sich vorwiegend auf gemeinsam mit der *NPD* durchgeführte Wahlkampfveranstaltungen. Hier traten sie vor allem mit der Errichtung von Informationsständen und Flugblattverteilungen im mittelhessischen Raum hervor.

Der *Nationaldemokratische Hochschulbund (NHB)*, die Studentenorganisation der *NPD*, die im Bundesgebiet etwa 40 Mitglieder hat, ist an den hessischen Hochschulen nicht mehr vertreten.

Deutschlandtreffen der NPD

Das *Deutschlandtreffen 1980 der NPD* am 17. Juni führte, wie schon in den vergangenen Jahren, zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der *NPD* und Gegendemostranten, obwohl es diesmal nicht in Frankfurt am Main, sondern auf dem Sie-

chenberg bei Philippsthal (Werra) in unmittelbarer Nähe der Grenzlinie zur *DDR* stattfand.

Die etwa 1.100 aus dem ganzen Bundesgebiet angereisten *NPD*-Anhänger hatten bereits Schwierigkeiten, den vorgesehenen Versammlungsort zu erreichen. Teilnehmer einer in Eschwege von rd. 15000 bis 20000 Personen besuchten Veranstaltung *Rock gegen Rechts* blockierten in den frühen Morgenstunden die Zufahrtswege zum Siechenberg. Hierbei kam es zu Auseinandersetzungen mit *NPD*-Anhängern. Es gab Verletzte auf beiden Seiten und zum Teil hohe Sachschäden. Die Tumulte führten dazu, daß schließlich das *Deutschlandtreffen* — auf dem Versammlungsplatz hatten sich nur noch etwa 150 *NPD*-Anhänger eingefunden — wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verboten wurde.

Sonstige traditionelle rechtsextreme Gruppen und Jugendorganisationen

Die 1971 gegründete *Deutsche Volksunion (DVU)*, deren 1. Vorsitzender weiterhin Dr. Gerhard Frey ist, trat in Hessen lediglich mit einigen Vortragsabenden in Erscheinung, die gemeinsam mit der 1979 gegründeten *Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA)* veranstaltet wurden. Die Veranstaltungen fanden keine Beachtung.

Mit der Gründung der *VOGA* und einer *Initiative für Ausländerbegrenzung (IfA)* im November konnte Dr. Frey jedoch erreichen, daß sich seine Anhängerschaft von 6000 auf etwa 10000 (in Hessen weniger als 200) vergrößerte, da die Mitgliedschaft in diesen Organisationen den gleichzeitigen Beitritt zur *DVU* bedeutet.

In einem Artikel des *Deutschen Anzeigers*, dem Presseorgan der *DVU*, vom 12. Dezember heißt es zum Mitglieder-

zuwachs bei der *IfA*, die Menschen merkten, «daß die Ausländerpolitik der herrschenden Kräfte unser Volk» und «die betreffenden Ausländer um die nationale Identität zu bringen drohe» und «dieser Kontinent morgen ein amorpher Vielvölkerbrei sein» werde.

Die beiden parteiunabhängigen rechts-extremen Jugendorganisationen *Wiking Jugend (WJ)* und *Bund Heimat-treuer Jugend (BHJ)*, die lediglich einige hessische Mitglieder haben, traten im Berichtsjahr in Hessen nicht besonders in Erscheinung. Nach Protesten in der Bevölkerung wurden ein von der *WJ* geplantes Zeitlager und ein in der Rhön zum Jahreswechsel vorgesehene Mahnfeuer nicht durchgeführt.

Neonazistische Bestrebungen

Deutsche Bürgerinitiative e. V. (DBI)

Die 1971 von dem mit Berufsverbot belegten Rechtsanwalt Manfred Roeder gegründete neonazistische Gruppe, die sich auch *Freiheitsbewegung Deutsches Reich* nennt, will die Regierung des *Großdeutschen Reiches* fortsetzen und damit die «Illegalität» des demokratischen Staatssystems dokumentieren. Obwohl Roeder, der seit 1978 untergetaucht war, am 1. September im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen die *Deutschen Aktionsgruppen* (siehe Seite 17) in Hannoversch-Münden festgenommen werden konnte, wurden auch 1980 auf dem sogenannten «Reichshof» in Schwarzenborn/Knüll unter Leitung seiner Ehefrau — wenn auch unregelmäßig und mit verminderten Teilnehmerzahlen — Freundestreffen durchgeführt.

Nach seiner Inhaftierung verfaßte Roeder weiter die *Briefe* der Europäischen Freiheitsbewegung, die von seiner Frau bzw. Freunden der *DBI* vertrieben werden. In ihnen greift er immer wieder

die freiheitliche demokratische Staatsordnung sowie ausländische Mitbürger an. So schreibt er in seinem *Februar-Brief* u.a.: «Denn dem eigenen Volk die Lebensgrundlage zu entziehen ist schlimmer, als ein anderes auszurotten . . . aus politischer Unterdrückung vermag sich ein Volk allemal aufzuraffen, aus rassischer und seelischer Zersetzung nie mehr!» Roeder bestätigt in dem *März-Brief* seinen Aufenthalt im Iran und stellt fest, daß er, im Gegensatz zum «zionistischen Polizeistaat» Bundesrepublik Deutschland, dort habe «frei reden und sich bewegen» können. Kohmeini wird in diesem Zusammenhang als «Befreier vom modernen Joch» und die iranische Revolution als ein «Aufbruch, ein neues Besinnen, genau so wie der deutsche Aufbruch 1933» gefeiert. Im *Mai-Brief* heißt es: «Die Besatzungsrepublik vergiftet die Seele unseres Volkes mit Fremdarbeitern, Flüchtlingen und Asylanten . . . Dieses System zu beseitigen, ist die Pflicht jedes Deutschen!» Aus der Haftanstalt schreibt er in seinem *November-Brief*: «. . . dieser Staat ist deutschfeindlich» und «Demokratie bedeutet Parteiherrschaft und Gewerkschaftsherrschaft». Es bestimmten «nie die charakterlich Besten».

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG)

Die 1979 von dem ehemaligen Leiter der *Kampfgruppe Großdeutschland (KGD)*, Henry Beier, und anderen Neonazis wie Wolfgang Koch gegründete *HNG* will nach eigener Aussage in Haft befindlichen Rechtsextremisten sowie ihren Angehörigen helfen, sie u.a. mit monatlichen Geldbeträgen unterstützen und Rechtshilfe gewähren.

1980 wurden von der *HNG* neun Veranstaltungen durchgeführt, an denen

jeweils etwa 30—60 Personen teilnahmen. Für die monatlich erscheinende Schrift *Informationen der HNG* zeichnet Henry Beier verantwortlich. Diese Schrift enthält außer Vereinsmitteilungen die Aufstellung der zum jeweiligen Zeitpunkt inhaftierten Rechtsextremisten und Verfahrensmitteilungen.

Nachdem mehrere hessische rechtsextreme Gruppierungen, wie zum Beispiel die *Kampfgruppe Großdeutschland*, der *Kampfbund Deutscher Soldaten*, die *Aktionsgemeinschaft Nationales Europa*, nicht mehr aktiv sind und die *Wehrsportgruppe Hoffmann*, die auch in Hessen Anhänger hatte, verboten wurde, entwickelten sich die Veranstaltungen der *HNG* mehr und mehr zu einem Treff- und Sammelpunkt der hessischen Neonazis.

Volkssozialistische Bewegung Deutschlands / Partei der Arbeit (VSBd/PdA)

Die *VSBd/PdA* wurde am 17. Juni 1971 in Krefeld unter dem Namen *Partei der Arbeit* gegründet. Leiter der Organisation, die 1975 in München ihren heutigen Namen erhielt, ist der frühere *NDP*-Funktionär Friedhelm Busse, München. Nach ihrer am 1. März 1975 beschlossenen Satzung ist «Ziel der Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands . . . die Neuvereinigung Deutschlands auf der Basis der Neuen Ordnung, . . . die Schaffung des ersten radikaldemokratischen und antiimperialistischen Staates auf deutschem Boden.» «Die Mitglieder der Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands müssen bereit sein, sich unermüdlich für die Verwirklichung der Beschlüsse durch Ihre aktive Mitarbeit einzusetzen. Sie müssen bereit sein, für die Idee des Volkssozialismus Opfer zu bringen, um das deutsche Volk in seiner Gesamtheit in seiner volkssoziali-

stischen Grundhaltung zu bestärken und erziehen zu können.» In dem mit der Satzung beschlossenen Programm der *VSBd/PdA* heißt es u. a.: «Wir müssen die soziale Triebstruktur des Menschen wieder wecken durch die Heimkehr des Menschen zur irdischen Gebundenheit.» «Die Volkssozialistische Bewegung Deutschlands erstrebt die Überwindung des künstlich gehaltenen Status Quo und Beendigung des umfassenden Verrats der Regierenden an unserem Volk. Zwischen Volkssozialismus und Kommunismus gibt es keine Koexistenz. Zwischen Volkssozialismus und Kapitalismus gibt es keinen Frieden.» Tatsächlich propagiert die *VSBd/PdA* nationalsozialistisches Ideengut und feiert historische Ereignisse der ehemaligen *NSDAP*. Sie verherrlicht Adolf Hitler und wendet sich gegen die «Fremdarbeiter». So heißt es in einer von ihr herausgegebenen Presseerklärung vom 9. 2. 1980: «Die Volkssozialisten begründen sich auf 5 folgende Fundamente: Rasse, Boden, Staat, Ehre und Arbeit.»

Die *VSBd/PdA*, die zunächst erklärt hatte, sich an den Bundestagswahlen 1976 und 1980 beteiligen zu wollen, dies dann aber nicht tat, ist seit dem 26. Januar 1978 in dem bei dem Bundeswahlleiter geführten Register der politischen Parteien von Amts wegen gelöscht, da sie bisher weder an einer Bundestagswahl noch an einer Landtagswahl mit eigenen Wahlvorschlägen teilgenommen hat.

In Hessen trat die *VSBd/PdA* erstmals Ende 1979 in Erscheinung. Am 12. Januar 1980 kam es in Frankfurt am Main an der Katharinenkirche an einem Informationsstand der *VSBd/PdA* zu schweren Auseinandersetzungen mit etwa 100 Gegendemonstranten, die sich u. a. gegen die Verbreitung von *NS*-Propagandamaterial wandten. Et-

wa 25—30 meist jugendliche Anhänger der *VSBd/PdA* — einige von ihnen in schwarzer uniformähnlicher Kleidung — begannen die tätlichen Auseinandersetzungen und schlugen mit Holzstangen und Schlagstöcken auf ihre politischen Gegner ein. Mehrere Personen, darunter zwei Polizeibeamte, wurden verletzt. Die Polizei nahm acht hessische Anhänger der *VSBd/PdA* im Alter von 16—22 Jahren vorläufig fest; gegen fünf erging Haftbefehl. Bei einer Durchsuchung der Wohnung des mutmaßlichen Rädelsführers Frank Schubert konnten umfangreiches *NS*-Schriftgut und zwei Dolche sichergestellt werden. Auf Grund dieser Vorfälle wurden die Genehmigungen für weitere Informationsstände in Frankfurt am Main und Gießen von den Ordnungsbehörden widerrufen.

Am 9. Februar wurde in Frankfurt am Main der Landesverband Hessen der *VSBd/PdA* gegründet. Die Mitgliederzahl, verteilt auf Gruppen in Frankfurt am Main und Gießen, beträgt nicht mehr als 20. Die *VSBd/PdA* trat auch weiter durch provokatives Auftreten insbesondere in Frankfurt am Main in Erscheinung, wobei sie bewußt die gewalttätige Auseinandersetzung mit Andersdenkenden suchte. Der Landesverband gibt die Schrift *Der Weg* heraus.

Buchladen „Verlag Volk und Kosmos“ (VVK)

Der im Spätsommer 1979 durch den Neonazi Ralf Platzdasch in Frankfurt am Main eröffnete Buchladen *Verlag Volk und Kosmos* (VVK), der überwiegend rechtsextreme Literatur anbietet und nach Bekundung des Betreibers ein Treffpunkt für Rechtsextremisten werden sollte, hat im Laufe des Berichtsjahres an Bedeutung verloren. Er ist nur noch unregelmäßig geöffnet, die Zahl der angebotenen Bücher ist

merklich zurückgegangen und die Finanzlage ist schlecht. Mit dazu beigetragen haben der erhebliche Widerstand in der Bevölkerung und die Aktivitäten der Bornheimer *Bürgerinitiative gegen den Nazi-Buchladen*. Im Rahmen von Ermittlungsverfahren fanden mehrfach polizeiliche Durchsuchungen des Ladens statt, da in ihm u. a. rechtsextreme Literatur offen angeboten wurden, die als jugendgefährdend eingestuft ist. Der 20jährige Inhaber Platzdasch wurde am 4. Dezember vom Amtsgericht — Jugendschöffengericht — Frankfurt am Main zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr verurteilt. Die Verurteilung erfolgte u. a. wegen Aufstachelung zum Rassenhaß und eines Vergehens gegen das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften. Die — noch nicht rechtskräftige — Strafe wurde zur Bewährung ausgesetzt.

Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG)

Die 1973 von Karl-Heinz Hoffmann in Nürnberg als paramilitärische Kernorganisation mit Untergruppen gegründete *WSG* wurde am 30. Januar durch Verfügung des Bundesministers des Innern wegen ihrer gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Tätigkeit verboten. Das Bundesverwaltungsgericht bestätigte am 2. Dezember das Verbot. Es ist damit unanfechtbar.

In dem von Hoffmann vertretenen Programm der *Bewegung zur Verwirklichung der Rational Pragmatischen Sozial Hierarchie* finden sich u. a. folgende Sätze:

« 8. Die Rational Pragmatische Sozial Hierarchie ist eine zweckbezogene, vernunftgemäße, der Volksgemeinschaft dienende Staatsform mit freiheitlicher Grundordnung und einer, nach dem Leistungs-

und Selektionsprinzip ausgerichteteten Führerstruktur.

9. Das Wahlsystem als Methode geeignete Führungskräfte für den Regierungsapparat zu finden, wird durch ein Selektionsverfahren nach den Grundsätzen des Leistungsprinzips und des Leistungsnachweises ersetzt.
10. Die Regierungsgewalt geht von einer in der obersten Führung zusammengefaßten Gruppe aus.
11. Die Mitglieder der Regierung sind anonym.
16. Als uneigennützig Institutionen getarnte, gemeinschaftskapitalistische Unternehmen wie Gewerkschaften und Kirche sind zu entmachten.»

Bei den im Vollzug des Verbots durchgeführten Durchsuchungen von zahlreichen Objekten in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen wurden neben größeren Mengen neonazistischer Propagandamaterials und des WSG-Organs *KOMMANDO* auch eine größere Anzahl von Waffen, Handgranaten und militärischen Ausrüstungsgegenständen bis hin zu einem ausgedienten Schützenpanzer sichergestellt. Waffen und sonstige militärische Ausrüstung waren in einem teilweise unbrauchbaren Zustand. In Hessen wurden in diesem Zusammenhang sechs Hausdurchsuchungen vorgenommen.

Deutsche Aktionsgruppen

Im August erhielten zahlreiche Polizeidienststellen im Bundesgebiet anonyme Postsendungen, in denen sich ein mit *Deutsche Aktionsgruppen* unterzeichnetes Flugblatt und ein Offener Brief an den Bundeskanzler befanden. In dem Flugblatt wurden Polizei und Bundesgrenzschutz aufgerufen, «kein Erfüllungsgehilfe der Zionisten und Geldmacher» zu sein, die «volksfeindliche Politik nicht zu unterstützen» und

sich zu weigern, an der «politischen» Fahndung und Verbrechensbekämpfung gegen «Menschen, die das Volk lieben», teilzunehmen. In dem Offenen Brief wurde u. a. die sofortige Einstellung jeder «antideutschen Hetze» sowie die Freilassung aller «politischen Gefangenen» gefordert. Das Schreiben endet: «Die Zeichen sind gesetzt. Der Kampf hat begonnen, seien Sie versichert, daß wir unseren Forderungen mit bestimmten Maßnahmen Nachdruck verleihen werden. Wir kommen spät, doch wir kommen.» Die Bezeichnung *Deutsche Aktionsgruppen* war zuvor von den bis dahin noch unbekannt Tätern benutzt worden, die sich zu Sprengstoffanschlägen am 21. Februar auf eine Auschwitz-Ausstellung in Eblingen und am 19. April auf das Haus des Schirmherrn dieser Ausstellung in Ostfildern, Baden-Württemberg, bekannt hatten.

Auf Grund der Verwendung ähnlicher Tatmittel wurden die *Deutschen Aktionsgruppen* auch mit Sprengstoffanschlägen auf Asylantenunterkünfte in Hamburg, Zirndorf, Leinfelden und Lörach in Verbindung gebracht, bei denen es zwei Tote und drei Verletzte gab.

Nach Vorermittlungen der Sicherheitsbehörden wurden am 1. September Manfred Roeder in Hannoversch-Münden, wo er unter falschem Namen gelebt hatte, sowie sieben seiner Anhänger festgenommen. Die aus den sichergestellten Unterlagen gewonnenen Erkenntnisse lassen darauf schließen, daß Roeder plante, mit den *Deutschen Aktionsgruppen* weitere Gewalttaten zu begehen. Gegen Roeder und seine Mittäter wurde vom Generalbundesanwalt ein Ermittlungsverfahren wegen Vergehens nach § 129a StGB eingeleitet. Roeder befindet sich in Untersuchungshaft, nachdem er die gegen ihn vom Landgericht Flensburg

am 28. Juni 1977 verhängte Freiheitsstrafe von sechs Monaten (vgl. Verfassungsschutz in Hessen — Bericht 1978) verbüßt hat.

Sprengstoffanschlag am 26. September in München

Am 26. September wurde auf dem *Oktoberfest in München* ein Sprengstoffanschlag verübt, der 13 Tote und 222 teils schwer Verletzte forderte. Im Zusammenhang damit nahm die Polizei in Hessen, wie auch in anderen Bundesländern, bei Anhängern der *Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG)* Hausdurchsuchungen und Alibiüberprüfungen vor, da der aus Donaueschingen stammende mutmaßliche Attentäter Gundolf Köhler, der sich unter den Toten befand, in Verbindung zur *WSG* gestanden hatte.

Im Zuge der Maßnahmen ordneten die Strafverfolgungsbehörden auch die Durchsuchung der 60 Teilnehmer der am 27. September in Frankfurt am Main veranstalteten Jahreshauptversammlung der *Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG)*, ihrer Kraftfahrzeuge und des Veranstaltungsraumes an, da bekannt war, daß einige der dort anwesenden Personen Kontakte zur *WSG* hatten. Bei den Durchsuchungen wurden vereinzelt Waffen und neonazistisches Propagandamaterial sichergestellt. Hinweise auf eine Beteiligung an dem Anschlag in München ergaben sich nicht.

Mord und Mordversuch an Schweizer Zoll- und Polizeibeamten

Am 24. Dezember erschöß der wegen zahlreicher militanter neonazistischer Aktivitäten bekannte Frank Schubert, Frankfurt am Main, in der Nähe der deutsch-schweizerischen Grenze bei

Koblenz zwei Schweizer Beamte, die an der Grenze ihren Dienst versahen. Zwei weitere Beamte wurden schwer verletzt. Bei der daraufhin eingeleiteten Großfahndung wurde Schubert tot aufgefunden. Er hatte sich selbst getötet. Nach den bisher vorliegenden Erkenntnissen wollte Schubert mit einem am 23. Dezember in Zürich gekauften Schlauchboot und der mitgeführten Taucherausrüstung Waffen und Munition aus der Schweiz in die Bundesrepublik Deutschland schaffen. Schubert gehörte der *Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit (VSBd/PdA)* — Landesverband Hessen — an. Er war durch besonders provokatives und militantes Auftreten aufgefallen. Darüber hinaus wird ihm ein Überfall mit einer Maschinenpistole auf die Bezirkssparkasse Bensheim in Zwingenberg/Bergstraße am 15. Oktober zugeschrieben, bei dem über 33000 DM erbeutet wurden.

Verbindungen zu ausländischen Rechtsextremisten

Rechtsextremisten verschiedener Gruppierungen, insbesondere Neonazis, erweiterten 1980 Kontakte zu ausländischen Gesinnungsfreunden. Anlaufstationen waren neonazistische Kreise in den USA, wo Gary Rex Lauck die Schrift *NS-Kampfruf* und Klebezettel mit antisemitischem Inhalt und Georg P. Dietz den *Schulungsbrief* mit Beiträgen von und für deutsche Rechtsextremisten herausgeben, sowie Kanada, von wo aus Ernst C. Zündel über seinen Verlag *Samisdat-Publishers Ltd.* rechtsextreme Broschüren vertreibt.

Enge Kontakte bestanden auch zu Mitgliedern der französischen Gruppe *F.A.N.E.*, die sich zwischenzeitlich nach einem Verbot in *FNE* umbenannt

hat, und zum *British Movement* in Großbritannien. Schließlich gab es Verbindungen nach Spanien, Österreich, Belgien, Dänemark und in die Schweiz.

Ging es in den vergangenen Jahren den deutschen Neonazis und anderen Rechtsextremisten hauptsächlich um ausländische Unterstützung bei der Beschaffung und dem Druck rechtsextremen Schriftgutes und Propagandamaterials sowie um die Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen, gab es 1980 auch Anzeichen für die Beschaffung von Waffen und Sprengstoff. Außerdem wurde von Exekutivmaßnahmen bedrohten Gesinnungsfreunden Unterschlupf geboten.

Staatliche Maßnahmen gegen Rechts-extremisten

Auch 1980 kam es wieder zu einer Reihe von Verurteilungen hessischer Rechtsextremisten.

So wurden u. a. vom Landgericht Frankfurt am Main verurteilt

- im Januar ein 37jähriger Hausmann wegen Volksverhetzung, übler Nachrede und Verbreitens von neonazistischen Propagandamitteln zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 8 Monaten mit Bewährung,
- im März ein 26jähriger Arbeiter wegen Hakenkreuzschmierereien und Sachbeschädigung zu einer Freiheitsstrafe von 14 Monaten ohne Bewährung,
- im Mai die seit Jahren als aktive Neonazis bekannten Henry Beier und Wolfgang Koch wegen gemeinschaftlicher Herstellung und Verbreitung neonazistischer Druckschriften. Henry Beier erhielt eine Freiheitsstrafe von 18 Monaten ohne Bewährung und Wolfgang Koch

eine Freiheitsstrafe von 13 Monaten ohne Bewährung.

Vom Amtsgericht Frankfurt am Main wurde im Juli ein 41jähriger kaufmännischer Angestellter wegen Volksverhetzung in Tateinheit mit Aufstachelung zum Rassenhaß zu einer Freiheitsstrafe von 12 Monaten ohne Bewährung verurteilt.

Das Frankfurter Jugendgericht verurteilte den stellvertretenden Vorsitzenden der *VSBd/PdA* in Hessen, den 19jährigen Walter Kexel, wegen Verbreitung von Flugblättern, mit denen die in der Bundesrepublik lebenden Juden beleidigt worden sind, zu einer Jugendstrafe von 8 Monaten mit Bewährung.

Im Oktober verurteilte das Amtsgericht Frankfurt am Main einen 60jährigen Taxiunternehmer wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Regierungsmitglieder, die er u. a. als Berufverbrecher bezeichnet hatte, zu einer Freiheitsstrafe von 9 Monaten mit Bewährung und einer Geldstrafe.

Im September wurde vom Schöffengericht Wiesbaden ein 63jähriger Geschäftsmann wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu einer Freiheitsstrafe von 3 Monaten mit Bewährung, sein 32jähriger Sohn wegen des gleichen Delikts zu einer Geldstrafe verurteilt.

Neonazistische Ausschreitungen

Im Berichtszeitraum wurden 210 (1979: 154) antisemitische und neonazistische Schmier- und Störaktionen in Hessen erfaßt. Schwerpunkte waren der Raum Frankfurt am Main (93), Offenbach (25) und Kassel (24). Der überwiegende Teil bestand im Kleben von Flugblättern und Zetteln der *NSDAP*-

AO des Gary Rex Lauck mit neonazistischem Inhalt und Schmieren neonazistischer Parolen. So wurden häufig die Parolen: «Ausländer stop», «Kauft nicht bei Juden» und «Juden raus aus Deutschland» angebracht. In zehn Fällen waren jüdische Friedhöfe Ziel von Schmierereien oder Verwüstungen.

Die Zahl militanter Aktionen, u. a. bei Demonstrationen in Frankfurt am Main und Kassel, nahm zu. Mord- und Bombendrohungen mit rechtsextremem Hintergrund haben zugenommen.

Beurteilung

Die rechtsextremen Organisationen stellten auch 1980 keine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung dar. Ihre Aktivitäten wurden von dem weitaus überwiegenden Teil der Bevölkerung abgelehnt; sie stießen auf erheblichen Widerstand. Der organisierte Rechtsextremismus, vor allem die *NPD*, verlor weiter an Bedeutung.

Neonazistische Aktivitäten von Einzelpersonen und kleineren Vereinigungen bedrohten aber zunehmend die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Es kam zu schweren Ausschreitungen und Gewalttaten. Bei Exekutivmaßnahmen wurden Schlagwerkzeuge und Waffen sichergestellt. Während in der Vergangenheit meist verbale Kraftakte und Drohungen im Vordergrund standen, ist inzwischen teilweise die Schwelle zur terroristischen Aktivität überschritten worden.

Auch in Zukunft wird mit Gewalttaten von einzelnen Neonazis und Angehörigen rechtsextremer Kleingruppen zu rechnen sein. Ihre Aktionen könnten außerdem Signalwirkungen für militante Gruppierungen im organisierten Rechtsextremismus haben. Die Sicherheitsbehörden, die in der Vergangenheit erhebliche Aufklärungserfolge hatten, sind daher gehalten, erhöhte Aufmerksamkeit gerade diesen Aktivitäten zu widmen.

Linksextreme Bestrebungen

Allgemeine Entwicklungstendenzen

Die *Deutsche Kommunistische Partei (DKP)* sah ihre Hauptaufgabe in der Erfüllung ihrer «internationalistischen Pflicht» zur Verteidigung der unpopulären politischen Maßnahmen der Sowjetunion und der *DDR*. Sie rechtfertigte die militärische Intervention der Sowjetunion in Afghanistan als «brüderliche Hilfeleistung» und begründete die Erhöhung der Mindestumtauschquote für *DDR*-Reisen als richtig und notwendig. In ihren Publikationen verbreitete sie die sowjetische Version über die Entwicklung in Polen und war bemüht, ihre Mitglieder ideologisch auf eine eventuelle militärische Intervention der Sowjetunion in Polen vorzubereiten. Dieses Verhalten wirkte lähmend auf die Arbeit der *DKP*-Betriebsgruppen und erschwerte insbesondere die Mitgliederwerbung unter Betriebsarbeitern.

Bei den Bundestagswahlen am 5. Oktober mußte die *DKP* mit 11.734 (0,3 %) Erststimmen und 8817 (0,25 %) Zweitstimmen in Hessen ihr bisher niedrigstes Wahlergebnis hinnehmen.

Im Bereich der *dogmatischen Neuen Linken* dauerten die bereits 1979 eingetretenen innerparteilichen Krisen fort und führten zu weiteren Mitgliederverlusten. Die *Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)* löste sich auf; vom *Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW)* spaltete sich der *Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)* ab. Die politischen Aktivitäten der *Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten (KPD/ML)* sowie die des *Kommunistischen Bundes (KB)* fanden keine Resonanz

unter der Bevölkerung. In den übrigen, kleineren kommunistischen Gruppen der *dogmatischen Neuen Linken* war nur organisatorisches Eigenleben ohne politische Wirkung nach außen festzustellen.

Die ablehnende Haltung aller dieser Gruppen gegenüber den an Moskau orientierten orthodoxen Kommunisten (*DKP*) hat sich nicht verändert.

Den desolaten Zustand der beiden mitgliederstärksten Parteien *KBW* und *KPD/ML* verdeutlichte der Ausgang der Bundestagswahlen. Der *KBW* mußte gegenüber 1976 erhebliche Stimmenverluste hinnehmen, die von der *KPD/ML* eigens für die Wahlbeteiligung gegründete Massenorganisation *Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden (VOLKSFRONT)* konnte nur wenige Stimmen auf sich vereinen;

Der *KBW* erhielt im gesamten Bundesgebiet nur noch 8174 Zweitstimmen (1976 noch 20018), in Hessen 1263 (1976 noch 3327). Die *VOLKSFRONT*, die 1976 noch nicht existierte, erzielte im Bundesgebiet 9319, in Hessen 997 Zweitstimmen.

Bei den linksextremen Gruppen der *Undogmatischen Neuen Linken* führte die politisch-theoretische Diskussion zur Trennung in Anhängerschaften der sogenannten *Alternativbewegung*, der *Alt-Spontis*, die heute die Gewaltanwendung weitgehend ablehnen, und kleiner autonomer, teilweise militanter Selbsthilfegruppen mit anarchistischer Zielsetzung. Der Widerstand und Protest dieser autonomen Gruppen mit anarchistischer Zielsetzung richtet sich in erster Linie gegen den Staat. Soziale Notlagen sind nur vordergründig Anlaß für die bei den verschiedenen Anlässen praktizierte Militanz.

So war für die *Schwarzen Blöcke* in Frankfurt am Main nicht nur die Wohnraummisere Anlaß für militante Aktionen: sie nutzten auch politische Demonstrationen jeder Art zu schweren Ausschreitungen. Bei ihren Hausbesetzungen kam es oft zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Diese Gruppen stehen den *Alt-Spontis* ablehnend gegenüber. Maskiertes Auftreten, schwarze Fahnen und die Verwendung anarchistischer Embleme waren Kennzeichen ihres militanten Auftretens bei Demonstrationen und Aktionen.

Obwohl Terroristen keine spektakulären Gewalttaten wie Mord und Geiselnahmen durchführten, gab es deutliche Anzeichen, daß die verschiedenen Terrororganisationen an der Vorbereitung neuer Aktionen arbeiteten.

Besondere Aktivitäten gingen von der *Roten Armee Fraktion (RAF)* aus, der sich einige Mitglieder der *Bewegung 2. Juni* anschlossen. Mehrere Festnahmen, ein tödlicher Verkehrsunfall von zwei «Kommandomitgliedern» und die Entdeckung einiger konspirativer Wohnungen störten die *RAF* bei der Vorbereitung geplanter Aktionen. Die scheinlegalen Unterstützerguppen entwickelten bei ihrer Tätigkeit eine neue Strategie in Form der politisch «offenen Arbeit». Sie konnten das Ziel, die personelle Basis zu erweitern, dabei nicht erreichen.

Die *Revolutionären Zellen* führten erneut eine Reihe von Brand- und Sprengstoffanschlägen durch. Schwere Anschläge wurden auf die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg am 6. Januar und das Bundesarbeitsgericht in Kassel am 23. März verübt.

Orthodoxer Kommunismus

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Die *DKP* bekennt sich weiterhin offen zum Marxismus-Leninismus und zu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus. Für sie ist der Marxismus-Leninismus nicht nur Theorie, sondern Anleitung zum Handeln. Anlässlich von Lenins 110. Geburtstag am 22. April 1980 stellte die *DKP* seine wesentlichen Werke heraus und wies auf ihre Bedeutung für die revolutionäre Arbeiterbewegung von heute hin. Robert Steigerwald, Mitglied des *DKP*-Partei Vorstandes, erklärte in einem Beitrag über «Lenins Lehre von der revolutionären Partei», zur Überwindung des Kapitalismus brauche die Arbeiterklasse eine «revolutionäre Kampfpartei», die nicht nur den „parlamentarischen und gewerkschaftlichen Kampf beherrscht, sondern fähig ist, alle Kampf- und Organisationsformen zu meistern“ (*UZ* vom 22. April 1980). Die *DKP* bekennt sich somit zu den Forderungen Lenins, eine kommunistische Partei müsse alle Kampfformen beherrschen: parlamentarische und außerparlamentarische, legale und illegale, offene und verdeckte, bewaffnete und nichtbewaffnete.

Deutlich wird dies auch in einem Beitrag des *DKP*-Zentralorgans *Unsere Zeit (UZ)* vom 11. Juni 1980 zum 60. Jahrestag der Erstausgabe von Lenins Schrift «Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus». Die *DKP* erklärt darin, dieses unübertroffene Lehrbuch der kommunistischen Strategie und Taktik sei auch heute noch aktuell. Lenin habe in seiner Schrift die Bedeutung der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit unterstrichen und die sektiererische Ablehnung der Arbeit in den bürgerlichen Parlamenten verurteilt. In dieser

Schrift heißt es u. a.: «Man muß zu jedwedem Opfer entschlossen sein und sogar — wenn es sein muß — alle möglichen Schliche, Listen und illegalen Methoden anwenden, die Wahrheit verschweigen und verheimlichen, nur um in die Gewerkschaften hineinzukommen, in ihnen zu bleiben und in ihnen um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten. . . . Solange ihr nicht stark genug seid, das bürgerliche Parlament und alle sonstigen reaktionären Institutionen auseinanderzujagen, seid ihr verpflichtet, gerade innerhalb dieser Institutionen zu arbeiten . . .».

Günter Judick, Referent für Theorie und marxistische Bildung beim DKP-Parteivorstand, behauptete in einem Beitrag für die Schulungsarbeit in den DKP-Grundorganisationen, die deutsche Novemberrevolution 1918 habe nicht zum Erfolg geführt, weil eine revolutionäre marxistische Partei mit Masseneinfluß in der Arbeiterklasse gefehlt habe und dem Klassenfeind die Einbindung von SPD- und Gewerkschaftsführern in die großkapitalistischen Interessen gelungen sei. Die Frage, wie in einem hochentwickelten kapitalistischen Land wie Deutschland die Arbeiterklasse an die sozialistische Revolution herangeführt werden könne, sei das Hauptproblem marxistischer Strategie und Taktik. Die DKP habe aus den Erfahrungen seit 1918 die Schlußfolgerung gezogen, daß eine «sozialistische Bundesrepublik nicht in einem kurzfristigen Sturm- und Lauf geschaffen» werden könne, sondern der Weg zum Sozialismus über «bestimmte, miteinander verbundene Kampfetappen» führen müsse (*UZ* vom 26. November 1980).

In allen ideologischen und politischen Grundsatzfragen folgte die *DKP* weiterhin vorbehaltlos der von *KPdSU* und *SED* vorgegebenen Linie. Ohne Rück-

sicht auf nachteilige Auswirkungen für ihre «Bündnispolitik» erklärten sich die *DKP* und ihre Nebenorganisationen solidarisch mit der militärischen Intervention der Sowjetunion in Afghanistan und bezeichneten sie als völkerrechtlich zweifelsfreie Hilfeleistung der Sowjetunion für die afghanische revolutionäre Regierung (*UZ* vom 2. Januar 1980). Mit Sorge beobachtete die *DKP*-Führung die politische Entwicklung in Polen und war bemüht, den daraus für alle orthodox-kommunistischen Parteien entstandenen ideologischen und politischen Schaden zu mildern. Die *DKP*-Publikationen berichteten ausführlich über die Reaktionen der polnischen Parteiführung auf die Streiks und beschuldigten «imperialistische Medien und Geheimdienste», sich in die inneren Angelegenheiten Polens einzumischen. In ihrem Zentralorgan *Unsere Zeit* veröffentlichte die *DKP* Auszüge aus Lenins Werken über die Aufgaben der Gewerkschaften im Sozialismus und behauptete, die darin enthaltenen grundsätzlichen Aussagen hätten durch die Ereignisse in Polen nichts von ihrer prinzipiellen Bedeutung verloren. Um eine einheitliche Argumentation der *DKP*-Mitglieder bei Diskussionen über die politische Entwicklung in Polen sicherzustellen, gab der *DKP*-Parteivorstand eine Schrift «Polen und wir» mit Reden führender *DKP*-Funktionäre heraus. Darin wird erklärt, daß nicht ein Versagen des sozialistischen Systems, sondern das Abweichen von sozialistischen Grundsätzen die Krise in Polen verursacht habe.

Trotz ihres Parteaufgebots unter der Losung «Tausende Betriebsarbeiter für die *DKP* gewinnen» konnte die *DKP* die Zahl ihrer Mitglieder (rund 40.000) auch 1980 nicht erhöhen. Insbesondere der unverändert geringe Arbeiteranteil unter den Mitgliedern (knapp 15 %

in Hessen) beunruhigte die Parteiführung. Der *DKP*-Vorsitzende Herbert Mies appellierte Ende Oktober an alle Parteiorganisationen, die Mitgliederwerbung unter Betriebsarbeitern in Vorbereitung auf den Parteitag im Mai 1981 verstärkt fortzusetzen. Je mehr Arbeiter in der *DKP* organisiert seien, um so besser könne sie ihrer Rolle als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse gerecht werden sowie ihre Politik der Aktionseinheit und des demokratischen Bündnisses glaubwürdig vertreten. In Hessen ist der *DKP* die Werbung von Betriebsarbeitern trotz erheblicher Bemühungen nur in Einzelfällen gelungen. In den Betrieben tätige *DKP*-Funktionäre erklärten, durch die Verpflichtung zur Rechtfertigung der sowjetischen Intervention in Afghanistan sei die Mitgliederwerbung wesentlich erschwert worden.

Das *Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)* der *DKP* veröffentlichte Ende 1980 die Ergebnisse einer empirischen Untersuchung über die soziale und politische Herkunft junger *DKP*-Mitglieder. Die Studie stützt sich auf eine Ende 1978 durchgeführte Befragung von mehreren hundert *DKP*-Mitgliedern im Alter bis 30 Jahre, die der Partei erst kurze Zeit angehörten. Dieser Studie zufolge, die von der *DKP* als «repräsentativ für den Befragtenkreis» angesehen wird, gehörten 73% der Studenten und 48% der Arbeiter und Angestellten vor ihrem Eintritt in die *DKP* der *SDAJ* oder dem *MSB Spartakus* an. 84% der Studenten und 63% der Arbeiter und Angestellten waren bereits länger als drei Jahre politisch aktiv, bevor sie in die Partei eintraten.

Der *DKP*-Bezirksorganisation Hessen gehören unverändert rund 5000 Mitglieder an. Sie sind in 20 Kreisorgani-

sationen, 137 Orts- bzw. Stadtteilgruppen, 39 Betriebsgruppen und sechs Hochschulgruppen mit 20 Grundeinheiten organisiert. Orts- und Stadtteilgruppen der *DKP* gaben 76 Zeitungen heraus. Außerdem erschienen 41 Betriebszeitungen und fünf Hochschulzeitungen in meist unregelmäßiger Folge.

Die parteiinterne Schulungsarbeit der *DKP* wurde mit einem umfangreichen Programm fortgesetzt. An den Betriebsarbeiterschulen der *DKP*-Bezirksorganisation Hessen in Kassel und Frankfurt am Main wurden etwa 30 *DKP*-Mitglieder in einjährigen Lehrgängen für ihren Einsatz in Betrieben und Gewerkschaften ausgebildet. Zahlreiche hessische *DKP*-Mitglieder nahmen an Grund- und Speziallehrgängen an der parteieigenen *Karl-Liebknecht-Schule* in Leverkusen teil. In Moskau und Ost-Berlin wurden auch weiterhin Funktionäre der Partei in Vierteljahres-, Halbjahres- und Jahreslehrgängen für Führungsaufgaben ausgebildet. Über die Schulung der Parteimitglieder in den Grundorganisationen durch regelmäßige Bildungsabende äußerte sich die *DKP*-Führung erstmals lobend. Die Mitglieder der *DKP* hätten trotz schlechter Wahlergebnisse und verschärfter internationaler Kampfbedingungen eine «beachtenswerte Standfestigkeit» gezeigt. Dies sei auf den bereits erreichten hohen Stand der ideologischen Schulungsarbeit zurückzuführen. Künftig müsse jedoch noch mehr Klarheit geschaffen werden über den Zusammenhang von Imperialismus und Krieg einerseits sowie Sozialismus und Frieden andererseits. Vor allem müsse deutlich gemacht werden, daß die SPD-geführte Bundesregierung die Regierung eines imperialistischen Landes sei, die eine «Vorreitrolle bei den Raketenbeschlüssen und der NATO-Hochrüstung» spiele.

Die «Bündnispolitik» war ein wichtiger Bestandteil der kommunistischen Strategie und Taktik. Um ihre Isolierung zu überwinden und zu mehr Masseneinfluß zu gelangen, bemühte sich die *DKP* verstärkt, Institutionen, verbände und Vereine zu unterwandern und für ihre Ziele auszunutzen. Die verdeckt agierenden *DKP*-Mitglieder hatten erheblichen Anteil an der Bildung außerparlamentarischer Aktionsbündnisse unter Beteiligung von Mitgliedern demokratischer Organisationen. Die Aktionen im Rahmen der «Bündnispolitik» waren überwiegend gegen die Rüstung, den Olympiaboykott, den Neofaschismus, die «Rechtsentwicklung und Strauß» sowie gegen die «Berufsverbote» gerichtet. Mit einer zielstrebig betriebenen Kampagne für «Frieden, Entspannung und Beendigung des Wettrüstens» versuchte die *DKP*, von der expansiven, auf militärische Vormachtstellung gerichteten Politik der Sowjetunion abzulenken und ein breites Aktionsbündnis gegen den Nachrüstungsbeschluß der NATO ins Leben zu rufen. In Hessen hatten Bemühungen der *DKP*, bereits im Januar und zu Ostern Aktionen gegen Aufrüstung und militärische Einrichtungen zu initiieren, nur geringen Erfolg. An den Veranstaltungen nahmen bis zu 200 Personen teil. *DKP* und *SDAJ* beteiligten sich auch an der Demonstration gegen die Ausstellung *Military Electronics Defense Expo 80 (MEDE 80)* am 7. Oktober in Wiesbaden, an der rund 1300 Personen teilnahmen.

Auch die von der *Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste* unter dem Motto «Frieden schaffen ohne Waffen» vom 15. bis 22. November veranstaltete bundesweite *Friedenswoche* nutzte die *DKP* aus, auf regionale Friedensinitiativen Einfluß zu nehmen. In einer Entschließung über die Aufgaben der

Partei in Vorbereitung des 6. Parteitagess erklärte der *DKP*-Parteivorstand im Oktober:

«Mit jeder Initiative tragen wir dazu bei, daß im Kampf für die Verhinderung des NATO-Raketenbeschlusses viele örtliche Bündnisse entstehen und so die Friedensbewegung der Bundesrepublik gestärkt wird. Wir müssen überall konkret festlegen; an welche Kräfte treten wir heran — an sozialdemokratische Organisationen, an Christen, an „Grüne“, an Gruppen der ökologischen Bewegung, an Jugend- und Frauenverbände — um die Notwendigkeit und Möglichkeiten des konkreten Zusammenwirkens gegen die NATO-Hochrüstung zu erörtern» (*UZ-Extra*, Eigenbeilage der *UZ* vom 30. 10. 1980).

Die Kanzlerkandidatur des bayrischen Ministerpräsidenten Strauß veranlaßte die *DKP*, eine großangelegte «Anti-Strauß-Kampagne» einzuleiten. Sie bezeichnete Strauß als Kandidaten der «reaktionärsten Elemente des Großkapitals», dessen «Machtgier» durch «außerparlamentarische Kampffaktionen» und durch «gemeinsames Handeln aller demokratischen Kräfte» gestoppt werden müsse. In Verfolgung dieser Taktik kam es vereinzelt zu Bündnissen mit demokratischen Kräften sowie zu Aktionseinheiten von orthodoxen Kommunisten und Organisationen der *Neuen Linken*. Alle hessischen *DKP*-Mitglieder wurden angewiesen, die bundesweite Initiative *Gemeinsam gegen Rechts — stoppt Strauß jetzt!* zu unterstützen.

In fünf hessischen Städten waren Aktionsbündnisse unter der Bezeichnung *Rock gegen Rechts* aktiv, in denen sich die *DKP* und ihre Nebenorganisationen sowie Gruppen der *Neuen Linken* und Vertreter demokratischer Organisationen zusammengefunden hatten. Die beabsichtigte Annäherung in

der Aktion scheiterte bereits im Ansatz an den widerstreitenden Interessen.

Auch Bemühungen der *DKP* zur Bildung eines breiten Aktionsbündnisses unter ihrer Führung anlässlich der Wahlkundgebung der hessischen CDU mit Strauß am 22. August in Frankfurt am Main führten nicht zum angestrebten Erfolg. Die *SDAJ* zog deshalb ihre Anmeldung zu Sternmärschen und einer Gegenkundgebung zurück und wies ihre Anhänger an, am Ort der CDU-Veranstaltung zu protestieren.

Einen weiteren Schwerpunkt der *DKP*-Bündnispolitik bildeten die Aktionen gegen den Ausbau des Rhein-Main-Flughafens. Die *DKP* betätigte sich aktiv in der Bürgerinitiative *Gegen die Startbahn West*. Sie versuchte mit ihrer Agitation, das Ansehen der Landesregierung herabzusetzen und die Gegner des Flughafenausbaus zur grundsätzlichen Kritik am politischen System in der Bundesrepublik Deutschland zu veranlassen. In ihren Schriften behauptete sie u. a., der Flughafenausbau habe militär-strategische Hintergründe. Sie rief zur Teilnahme an Protestaktionen auf und propagierte die Gründung einer Wählerinitiative zur Unterstützung der *DKP* anlässlich der Kommunalwahl am 22. März 1981 in Mörfelden-Walldorf.

Zur Bundestagswahl am 5. Oktober hatte die *DKP* in allen 22 hessischen Wahlkreisen Direktkandidaten aufgestellt. Während ihres mit großem finanziellen und materiellen Aufwand geführten Wahlkampfes nutzte sie alle Möglichkeiten der Agitation in Presse, Rundfunk und Fernsehen, um sich vor einer breiten Öffentlichkeit als Partei der Arbeiterklasse und des Friedens darzustellen. Regionale Schwerpunkte der Wahlkampfführung waren die industriellen Ballungszentren sowie Städ-

te und Gemeinden, in denen die *DKP* bereits über Mandate in kommunalen Parlamenten verfügt.

In den Grundorganisationen der *DKP* machte sich jedoch ein auffallendes Desinteresse am Wahlkampf bemerkbar. Das Wahlergebnis war für die Partei enttäuschend. Sie erhielt 11.734 (0,3 %) Erststimmen und 8.817 (0,25 %) Zweitstimmen. Damit verlor sie im Vergleich zur Bundestagswahl 1976 (22.157 = 0,6 % Erststimmen und 15.732 = 0,4 % Zweitstimmen) fast die Hälfte ihrer Wähler.

Die *DKP*, die bereits in den Vorjahren die Ausgaben für ihren kostspieligen Parteiapparat aus eigenen Mitteln nicht zu decken vermochte, war auch 1980 auf hohe Zuschüsse aus der *DDR* angewiesen.

Nebenorganisationen der *DKP*

Marxistischer Studentenbund Spartakus (*MSB*)

Der *MSB* bekennt sich unverändert zum Marxismus-Leninismus und zur führenden Rolle der *DKP* als Partei der Arbeiterklasse. Als «Verband des antimonopolistischen Interessenkampfes der Studenten» will der *MSB* zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus beitragen und die Studentenbewegung auf den Kampf an der Seite der Arbeiterklasse orientieren. Gemeinsam mit anderen Studentenorganisationen initiierte der *MSB* Demonstrationen, Studentenstreiks und sonstige Aktionen gegen Hochschulgeseetze, steigenden Leistungsdruck und Sparmaßnahmen im Bildungsbereich. Der *MSB* war maßgeblich an der Vorbereitung und Durchführung des bundesweiten Festivals der *Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS)* am 7./8. Juni in Mainz unter der

Losung «Gegen die Hochschulformierung, gegen Rechtsentwicklung und Strauß-Kandidatur, gegen Aufrüstung und AKW-Programm» (30.000 Teilnehmer) beteiligt. Er unterstützte den Wahlkampf der *DKP*. Zum Wintersemester 1980/81 gab der *MSB*-Bundesvorstand eine Schulungsschrift «Zur Strategie der Studentenbewegung» heraus. Darin wird erklärt, Unzufriedenheit, Problemstau und erfolglose außerparlamentarische Aktivitäten würden in demokratischen Bewegungen zum Nachdenken über Ansätze für wirksames politisches Handeln führen. Hier müsse der *MSB* eine bewußtseinvermittelnde Funktion übernehmen und mit Hilfe des Marxismus Antworten auf die gestellten Fragen geben.

Nach eigenen Angaben hat der *MSB* von April 1979 bis April 1980 durch einen Wettbewerb zur Gewinnung neuer Mitglieder bundesweit 1302 Studenten geworben und damit seinen Mitgliederstand nach Abzug der Abgänge von 5800 auf 6100 erhöht.

In Hessen bestehen aktive Gruppen des *MSB* an zehn Hoch- und Fachhochschulen mit rund 1300 Mitgliedern. In dem am 23. Oktober gewählten Allgemeinen Studentenausschuß (AStA) der Universität Marburg ist der *MSB* nicht mehr vertreten. Bei den Studentenparlamentswahlen hatte er nur noch sechs von vierzig Mandaten erhalten, drei Mandate weniger als bisher. Bei der konstituierenden Sitzung des neuen Studentenparlaments der Universität Marburg am 14. Juli sprengten etwa 200 Mitglieder des *MSB* die Sitzung und verhinderten damit die Wahl des AStA.

Auf Initiative des *MSB Spartakus* besetzten etwa 30 Marburger Studenten vom 27. bis 30. Oktober ein seit zwei Jahren leerstehendes Wohnhaus in Marburg.

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

Die *SDAJ* betonte ihre enge Verbundenheit mit der *DKP*. Sie war bemüht, die *DKP* bei Schülern und jungen Arbeitern als «sozialistische Alternative» darzustellen.

Am 19. Januar führte die *SDAJ* in Wuppertal ihren zweiten sozialistischen Schülerkongreß unter der Losung «Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt» durch. Die Veranstaltung sollte die 850 Teilnehmer aus allen Bundesländern über «Kampferfahrungen, Kampffelder und Kampfbedingungen der demokratischen Schülerbewegung» informieren und Anregungen für weitere Aktionen geben. Bei einer zentralen Gruppenleiterberatung am 19. Oktober in Dortmund diskutierten 700 *SDAJ*-Funktionäre über Fragen der Vorbereitung und Durchführung des von der *SDAJ* geplanten *Festivals der Jugend* im Juni 1981 in Dortmund. Alle Mitglieder der *SDAJ* wurden zu einem Wettbewerb aufgerufen, bei dem bis zum Festival neue Mitglieder der *SDAJ* und Leser des Jugendmagazins *elan* geworben werden sollen.

Die Zahl der aktiven *SDAJ*-Mitglieder stagniert bei etwa 15.000. Sprachrohr der *SDAJ* ist das monatlich erscheinende Jugendmagazin *elan*, dessen Herausgeber und Chefredakteur dem geschäftsführenden *SDAJ*-Bundesvorstand angehören.

Der *SDAJ*-Landesverband Hessen besteht unverändert aus rund 1400 Mitgliedern, die in Kreisverbänden, Orts- bzw. Stadtteil-, Betriebs- und Schülergruppen organisiert sind. Sie gaben 42 Betriebs-, Schüler- und Gruppenzeitungen in meist unregelmäßiger Folge heraus.

Mit Unterstützung der *DKP* setzte die

SDAJ in Hessen ihre Bemühungen fort, den Mangel an geeigneten Funktionären in den Kreisorganisationen zu beheben. Mit dem Abschluß von Partnerschaftsverträgen zwischen *SDAJ*-Gruppen und *DKP*-Grundeinheiten versuchte die *DKP*, insbesondere neugegründeten Gruppen der *SDAJ* bei der Überwindung von Anfangsschwierigkeiten zu helfen.

Zur Vermittlung von Grundkenntnissen der Lehren von Marx, Engels und Lenin führte die *SDAJ* monatliche Bildungsabende in den Gruppen durch. In Zirkeln mit höherem Niveau konnten *SDAJ*-Mitglieder ihre politisch-ideologischen Kenntnisse erweitern und vertiefen. Ferner nahmen regelmäßig *SDAJ*-Mitglieder aus Hessen an Lehrgängen im Jugend- und Bildungszentrum der *SDAJ* auf Burg Wahrberg in Bayern teil. Funktionäre der *SDAJ* werden auch weiterhin an Schulen in der *DDR* und Moskau für Führungsaufgaben ausgebildet. Der *SDAJ*-Bundesvorstand gab Anfang Juli ein 550 Seiten umfassendes Buch «Grundwissen für junge Sozialisten» heraus. Das Werk soll als Lehrbuch und Nachschlagewerk den jungen *SDAJ*-Mitgliedern helfen, sich mit den Lebensbedingungen und der Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland auseinanderzusetzen. In 23 Kapiteln vermittelt es kommunistische Lehren sowie Erfahrungen für die täglichen Auseinandersetzungen mit dem «Klassenfeind».

Schwerpunkte der *SDAJ*-Arbeit waren Aktionen für «Frieden und Abrüstung», gegen Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel sowie die Mitarbeit in *Anti-Strauß-Komitees* und lokalen Aktionsbündnissen *Rock gegen Rechts*. Mit zahlreichen Einzelaktionen unterstützte die *SDAJ* den Bundestagswahlkampf der *DKP*. Sie führte

zahlreiche Jugendforen, Wahlparties und Diskussionsveranstaltungen durch und stellte in ihren Publikationen die *DKP* als einzige Partei heraus, die aktiv für die Interessen der Jugend eintrete.

Vom 23. bis 26. Mai fand in Laubach (Kreis Gießen) das *Pfingstfestival '80* des *SDAJ*-Landesverbandes Hessen statt. Die *SDAJ* hatte ein Zeltlager für 600 Jugendliche und 300 Kinder sowie ein Festzelt für 200 Personen und eine Freilichtbühne errichtet. Erschienen waren jedoch nur etwa 400 Teilnehmer.

Bei einer nicht angemeldeten *Anti-Strauß*-Demonstration der *SDAJ* am 5. Januar in Rüsselsheim wurde der *SDAJ*-Kreisvorsitzende nach Auseinandersetzungen mit der Polizei zur Personalfeststellung vorläufig festgenommen. Das Amtsgericht Rüsselsheim verurteilte ihn Anfang September wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz zu einer Geldstrafe von 450,— DM oder 15 Tagen Haft. Etwa 30 Angehörige der *SDAJ* störten am 12. April in Frankfurt am Main eine Veranstaltung des Jugendarbeitskreises der *CDU* und warfen Stinkbomben und Toilettenpapier in den Saal.

Am 6. November protestierte eine 18-köpfige Gruppe der *SDAJ* während einer öffentlichen Sitzung des Hessischen Landtags gegen den Bau der Startbahn West des Frankfurter Flughafens. Die Demonstranten warfen von der Besuchertribüne Flugblätter in den Plenarsaal und störten die Sitzung durch lautstarke Sprechchöre und Pfeifkonzerte. Die Polizei nahm 17 Demonstranten vorläufig fest, von denen einige passiven Widerstand leisteten. In einem Flugblatt bekannte sich die *SDAJ* Hessen zu dieser Aktion und erklärte, ihr sei es trotz der Sicherheitsvorkehrungen gelungen, im Landtag zu «randalieren».

Junge Pioniere

Die Kinderorganisation *Junge Pioniere* setzte mit Unterstützung von *DKP* und *SDAJ* ihre Bemühungen fort, Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren politisch zu beeinflussen und im revolutionären Kollektiv zu erziehen. Der Bundesvorsitzende der *Jungen Pioniere*, Achim Krooss, erklärte:

«Es kann uns nicht egal sein, wieviele Kinder wir mit unserer Politik ansprechen. . . . Weil jedes einzelne Mitglied der Jungen Pioniere ein Kind mehr ist, dessen Beeinflussung wir den Herrschenden unseres Landes streitig machen» (*Marxistische Blätter* Nr. 1/81).

Auf dem 3. Bundeskongreß der *Jungen Pioniere* am 9./10. Februar in Köln lobte Werner Stürmann, Bundesvorsitzender der *SDAJ*, die gute Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen. Es müsse angestrebt werden, daß die *Jungen Pioniere* mit 14 Jahren geschlossen in die *SDAJ* übertreten.

Der Bundesverband der *Jungen Pioniere* hat rund 3000 Mitglieder, organisiert in zwölf Landesverbänden. Er gibt regelmäßig die zentrale Kinderzeitung *Willibald* heraus. Die *Jungen Pioniere* verstärkten ihre Mitgliederwerbung wesentlich und führten zahlreiche Kinder der politischen Indoktrination in ihren Gruppen neu zu. Hierdurch erhöhte sich die Zahl der in Hessen aktiven Pioniergruppen von 22 (1979) auf 30.

Vom 24. Juli bis 10. August veranstalteten die *Jungen Pioniere* mit Unterstützung der *DKP* ihre 7. Kinderfahrt in die *DDR*, an der etwa 350 Kinder aus Hessen teilnahmen. Für einen Unkostenbeitrag von 80,— DM verbrachten die Kinder ihre Ferien in den Jugendlagern Brodowin (Bezirk Frankfurt/Oder), Rathsfeld und Wilhelmsthal (Bezirk Erfurt).

Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V. (IMSF)

Das *IMSF* in Frankfurt am Main ist eine von der *DKP* als gesellschafts- und sozialwissenschaftliches Institut ausgegebene Einrichtung. Ihr Leiter, Professor Josef Schleifstein, ist Mitglied des *DKP*-Parteivorstandes. Das Institut setzte die Herausgabe von Schriftenreihen und Publikationen zur Unterstützung der ideologisch-politischen Arbeit der *DKP* fort.

Am 29./30. März veranstaltete das *IMSF* in Frankfurt am Main eine Tagung zum Thema: «Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und gesellschaftliche Alternative» mit Gästen aus der *DDR*, UdSSR, Polen und den Niederlanden, an der rund 250 Personen teilnahmen.

Marxistische Arbeiterbildung (MAB)

Die *Marxistische Arbeiterbildung* ist die Dachorganisation von rund 100 lokalen Bildungsgemeinschaften in allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland. Etwa 65 dieser Bildungsgemeinschaften veranstalten als *Marxistische Abendschulen (MASCH)* regelmäßig Schulungskurse, in denen auch Nichtkommunisten das systematische Studium des Marxismus-Leninismus ermöglicht wird.

In Hessen unterhielt die *MAB* in Zusammenarbeit mit den *DKP*-Kreisorganisationen 14 *Marxistische Abendschulen (MASCH)*.

DKP-beeinflußte Organisationen

Die *DKP* war auch 1980 bemüht, durch Bündnisse mit nichtkommunistischen Kräften zu einer Massenbasis und dadurch zu größerem politischen Einfluß zu gelangen. Nach bewährter kommunistischer Taktik griff sie massenmobi-

lisierende Forderungen auf und initiierte zu ihrer Durchsetzung Kampagnen und Aktionen, deren Träger vor allem kommunistisch beeinflusste Organisationen waren. Auf diese Weise konnte die durch ihr Eintreten für die sowjetische Intervention in Afghanistan belastete *DKP* im Hintergrund bleiben. Der Grad des Einflusses der *DKP* auf diese sich meist überparteilich und unabhängig darstellenden Organisationen ist unterschiedlich: In einigen Organisationen dominiert der *DKP*-Einfluß, in anderen sind nur wenige Schlüsselfunktionen im organisatorischen Bereich mit linientreuen Mitgliedern und Anhängern der *DKP* besetzt, so daß auch demokratische Mitglieder ihre Vorstellungen vertreten können.

Die wesentlichen *DKP*-beeinflussten Organisationen sind:

Deutsche Friedensunion (DFU)

Der 1960 auf kommunistisches Betreiben gegründeten *DFU* wurde im Rahmen der *DKP*-Kampagne für «Frieden und Abrüstung» eine koordinierende Aufgabe übertragen. Sie hat dadurch für die kommunistische Bündnispolitik wieder an Bedeutung gewonnen. An einem von der *DFU* organisierten Forum «Der Atomtod bedroht uns alle» am 15./16. November in Krefeld nahmen rund 800 Personen teil, darunter auch mehrere Vertreter des *DKP*-Parteivorstandes. In einem Schlußappell des Forums (*Krefelder Appell*) wurde der Nachrüstungsbeschluß der NATO als verhängnisvolle Fehlentscheidung bezeichnet und die Bevölkerung aufgerufen, durch unablässigen und wachsenden Druck der öffentlichen Meinung eine Sicherheitspolitik zu erzwingen, in der die Abrüstung der Bundeswehr wichtiger ist als deren abschreckende Funktion. Die *DKP* wertete das Krefelder Forum als das bisher breiteste

«Bündnis der Friedensbewegung auf neuem Niveau».

Der *DFU*-Landesverband Hessen forderte auf seiner 9. Landeskonferenz am 5./6. Juli in Gießen-Kleinlinden, der weiteren Umweltzerstörung durch neue militärische Anlagen Einhalt zu gebieten und die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa und in der Bundesrepublik Deutschland zu verhindern. Der Landeskonferenz war am 5. Juli ein *Internationales Abrüstungsforum* vorausgegangen, an dem 120 Personen teilgenommen hatten, unter ihnen Vertreter der Friedensbewegungen der Türkei, Griechenlands, Portugals, der Niederlande und Frankreichs.

Die *DFU* verfügt in Hessen nur noch über kleinere Gruppen in einigen Stadt- und Landkreisen mit insgesamt rund 200 Mitgliedern. Aktivitäten gingen nur vom Landesvorstand aus.

Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ)

Das 1974 unter maßgeblicher Beteiligung der *DKP* und kommunistisch beeinflusster Organisationen gegründete *KFAZ* war an der Koordinierung und Durchführung von Aktionen im Rahmen der kommunistischen Friedens- und Abrüstungspolitik beteiligt. Am 2. Februar veranstaltete das *KFAZ* in Frankfurt am Main eine Aktionskonferenz, an der Vertreter von fast 50 Organisationen und örtlichen Bündnissen teilnahmen. Die von der Konferenz beschlossene «Frühjahrsaktion 1980 der Friedensbewegung» gegen die «amerikanische Konfrontationspolitik» und gegen die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Westeuropa führte in Hessen jedoch nur zu kleineren Veranstaltungen, die von der Bevölkerung kaum beachtet wurden. An einer «Internationalen Manifestation»

des *KFAZ* am 26. Oktober in Kaiserslautern zum Thema «Stoppt die atomare Aufrüstung in Europa, den NATO-Raketenbeschluß aufheben, jetzt verhandeln!» nahmen rund 3000 Personen teil. Die regionalen Abrüstungskomitees in Hessen hatten zur Teilnahme an dieser Demonstration aufgefordert.

Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes — Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)

Die *VVN-BdA* steht nach wie vor unter maßgeblichem Einfluß der *DKP* und spielt auch weiterhin eine Rolle in der kommunistischen Bündnispolitik.

In Hessen hat die *VVN-BdA* rund 1300 Mitglieder, organisiert in zwölf Kreisvereinigungen sowie in Ortsgruppen. Die Mitglieder sind jedoch nur zum Teil politisch aktiv. Infolge der gestiegenen Bereitschaft der Bevölkerung — insbesondere der Jugend — zur Abwehr neofaschistischer Bestrebungen konnte die *VVN-BdA* 1980 einen Mitgliederzuwachs von rund 10% erzielen. Die hessischen Gruppen beteiligten sich an den Kampagnen für «Frieden und Abrüstung» und gegen «Berufsverbote» sowie an Aktionen gegen den CDU/CSU-Kanzlerkandidaten Dr. Strauß.

Neue Linke

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)

Für den *KBW* gilt weiterhin sein Parteiprogramm von 1973. Er tritt für die «Zerschlagung» des «imperialistischen Staatsapparates» und die Errichtung der «proletarischen Diktatur» ein. In seiner prochinesischen Einstellung paßte er sich den veränderten politischen Verhältnissen in China an und übte erstmals offene Kritik an dem ehemaligen Parteivorsitzenden Mao

Tsetung im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen die sogenannte «Viererbände». Mao wird vorgeworfen, durch eine falsche Einschätzung der Rolle des Klassenkampfes im Sozialismus den theoretischen Boden für ultralinke Abweichungen bereitet zu haben, die sich gegen die Kommunistische Partei, die Diktatur des Proletariats und gegen ihn selbst richteten.

Der *KBW* plante nach seiner 1979 erfolgten organisatorischen Umgestaltung für das Jahr 1980 weitere politische und organisatorische Maßnahmen, so u. a. die erneute Umgestaltung des Zentralorgans, die Vereinheitlichung der Zellenzeitungen und die Fortsetzung des Kurses «Aufholen und Konsolidieren» als Ausgangsbasis zur Bildung einer Arbeitereinheitsfront innerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Diskussionen auf Funktionärs-ebene über die Linie und den Kurs der Partei sowie die Kritik mehrerer ZK-Mitglieder an der Parteiführung offenbarten jedoch zunehmende Spannungen und Differenzen innerhalb der Partei. Diese spitzten sich im Laufe des Jahres zu und führten am 12./13. September zur Spaltung.

Die Gründe hierzu lagen offensichtlich in den tiefgreifenden ideologischen Differenzen bezüglich der «Einschätzung der Weltlage und in der Politik des *KBW*». Der Sekretär des *KBW*, Hans-Gerhard Schmierer, und seine Anhänger traten für eine begrenzte politische Öffnung der Organisation ein, die auch gelegentlich die Zusammenarbeit mit demokratischen Gruppen einschließen sollte. Diese Linie sah im Mittelpunkt der Parteistrategie den Kampf gegen die deutsche Bündnispolitik und gegen die «kriegstreibenden Supermächte» USA und UdSSR. Dagegen bezeichnete die Abspaltgruppe um den *KBW*-Funktionär Martin Foch-

ler den Kampf gegen den «imperialistischen Krieg» als «eigenständige Etappe vor der Revolution» als falsch. Nach ihrer Theorie steht die «Revolution» unmittelbar bevor. Es gelte lediglich, davon die Massen zu überzeugen. Nach Auffassung der Abspalter widerspreche die Forderung Schmierers nach Unterstützung demokratischer Bewegungen dem Marxismus-Leninismus.

Während sich die Gruppe um Fochler — ihre Mitglieder stammten insbesondere aus den ehemaligen KBW-Regionen Nord und Süd — zum *Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)* zusammenschloß, führte der KBW am 20./21. September in Gießen seine V. ordentliche Delegiertenkonferenz durch. Er wählte eine neue Führungsspitze, löste die bisherigen drei Regionalverbände einschließlich der zwölf Bezirksgruppen auf und bildete an deren Stelle zehn neue Regionalverbände. Der Umfang des Zentralorgans *Kommunistische Volkszeitung (KVZ)* wurde reduziert. Nach der Spaltung dürften dem KBW bundesweit noch rund 1500 Mitglieder (1979: 2400) angehören. Wirtschaftlich stützte sich der KBW weiterhin auf die parteieigene *Kühl KG* mit Sitz in Frankfurt am Main.

Die Auflagenhöhe des wöchentlich erscheinenden Zentralorgans *Kommunistische Volkszeitung (KVZ)* verringerte sich von 32000 (1979) auf 13000; die des monatlich erscheinenden theoretischen Organs *Kommunismus und Klassenkampf* lag bei 8000 Exemplaren. Der wöchentliche *Beschluß- und Dokumentendienst* der Partei erschien weiterhin regelmäßig.

Die KBW-Nebenorganisation *Vereinigung für revolutionäre Volksbildung — Soldaten und Reservisten (VRV/SR)* nannte sich Ende des Jahres in *Vereinigung für revolutionäre Volksbildung*

(VRV) um. Diese Organisation will sich ausschließlich mit marxistisch-leninistischer Schulung sowie kulturellen Veranstaltungen befassen. Das bisherige Aufgabenfeld «Einflußnahme auf die Bundeswehr» soll in Zukunft vom KBW selbst wahrgenommen werden. Die VRV ist in Hessen in vier Bezirksverbände gegliedert; ihr gehören etwa 250 Mitglieder an. Die anderen KBW-Nebenorganisationen *Kommunistischer Jugendbund (KJB)* und *Kommunistischer Studentenbund (KSB)* setzten ihre Tätigkeit fort.

Schwerpunkte der politischen Arbeit des KBW bildeten neben den eigenen Veranstaltungen zum 1. Mai, zum Antikriegstag (1. September) und zu den Bundestagswahlen seine «Internationalismusarbeit» mit Kontaktbemühungen zu Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und den damit verbundenen Spendenkampagnen, z. B. für das «Demokratische Kampuchea». Seine Unterstützungsaktionen für die ZANU in Zimbabwe stellte er nach deren Regierungsübernahme weitgehend ein. Den streikenden polnischen Arbeitern bekundete er Solidarität und forderte angesichts der Gefahr einer «sozialimperialistischen Intervention» zur Unterstützung der Streikbewegung auf. Die vier hessischen KBW-Bezirksverbände mit rund 40 Stadtteil- bzw. Betriebszellen und etwa 300 Mitgliedern gehören nach der Neugliederung dem Regionalverband Hessen/Rhein Hessen an. Die Veranstaltungen richteten sich u. a. gegen den geplanten Bau der Startbahn West des Rhein-Main-Flughafens, gegen die Haltung der Landesregierung in der Frage des Asylrechts und gegen öffentliche Rekrutenvereidigungen. Der Verlauf der Veranstaltungen und Demonstrationen zeigte, daß der KBW von seiner noch 1979 vielfach praktizierten Militanz abgegangen ist. Er befolgte die vorgegebenen Auflagen

und vermied die Konfrontation mit der Polizei.

Die nachlassende politische Wirksamkeit des *KBW* zeigte sich bei den Bundestagswahlen, zu denen die Partei eine Landesliste mit 7 Bewerbern und Direktkandidaten in 16 der 22 hessischen Wahlkreise aufgestellt hatte. Sie verlor gegenüber 1976 etwa die Hälfte ihrer Wähler, in den *KBW*-Hochburgen Frankfurt am Main, Offenbach, Darmstadt sogar mehr als zwei Drittel. Es gelang dem *KBW* auch nicht, zu Veranstaltungen und Aktionen größere Menschenmengen zu mobilisieren. An «Großveranstaltungen» in Hessen nahmen meist 100 bis 200 Personen teil.

Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Die Gruppe um den ehemaligen *KBW*-Funktionär Martin Fochler gründete am 20./21. September in Hannover den *BWK*. Nach seinem Statut, das mit geringfügigen Änderungen dem *KBW*-Statut entspricht, ist das höchste Organ des *BWK* die zentrale Delegiertenkonferenz. Sie wird jährlich einberufen, bestimmt die politische Linie der Organisation, wählt das Zentralkomitee und beschließt das Programm und Statut. Organisatorisch gliedert sich der *BWK* in acht Landesverbände, die sich wiederum aus Bezirken und Grundeinheiten zusammensetzen. Am 13. Oktober veröffentlichte der *BWK* die erste Ausgabe seines Organs *Politische Berichte*, das vierzehntägig im Verlag *Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung mbH*, München, erscheint. Die Zentrale der Organisation befindet sich in Köln; dem Bund sollen rund 600 Mitglieder angehören. In Hessen waren bisher keine Aktivitäten festzustellen, obwohl nach dem Organisationsschema in Hessen ein Landesverband bestehen soll.

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

Die *KPD* löste sich am 9. März auf. Diesem Schritt folgten bis Ende Juni ihre Nebenorganisationen. Zur Auflösung erklärte der ehemalige Parteivorsitzende u. a.: «Wir haben uns aufgelöst, weil wir an den Herausforderungen, denen sich Kommunisten heute gegenübersehen — die Entwicklung in den ‚realsozialistischen‘ Ländern, die unaufgeklärten neuen Widersprüche und Fragestellungen des entwickelten Kapitalismus — gescheitert sind.»

Im Laufe des Jahres führten ehemalige *KPD*-Mitglieder wiederholt Arbeitstreffen durch und setzten als *Gruppe der 99* ihre politische Arbeit fort. Trotz unterschiedlicher Positionen über die zukünftige Arbeit hielten die Gruppenanhänger an ihrem Konzept — keine Parteibildung — fest und versuchten, mit anderen «linken Kräften» in der Diskussion zu bleiben. Die Gruppe gibt seit Juni die Zeitschrift *Kommunistische Briefe* heraus, die der Diskussion «strategischer Vorstellungen» und der «Weiterentwicklung marxistischer Theorie und Politik» dienen soll. Dem Diskussionszirkel gehören bundesweit etwa 100, in Hessen 20 Personen an.

Kommunistische Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten (KPD/ML — jetzt KPD)

Die *KPD/ML* trat weiterhin für die gewaltsame Errichtung eines kommunistischen Systems stalinistischer Prägung ein. Sie will nach der siegreichen sozialistischen Revolution den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen und an seine Stelle die Diktatur des Proletariats in Form einer Rätemacht errichten. Die Partei orientierte sich nach wie vor an der politischen Linie Albaniens. Sie zählte unverändert rund 500

Mitglieder. Die Auflagenhöhe ihres wöchentlich erscheinenden Zentralorgans *Roter Morgen* betrug weiterhin 6000 Exemplare.

Nach der Auflösung der *Kommunistischen Partei Deutschlands* beschloß die Partei eine Änderung des Namens. In der ausgeschriebenen Form bezeichnet sie sich weiterhin als *Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)*, verzichtet jedoch auf die Abkürzung *ML* und nennt sich seit Juli 1980 nur noch *KPD*. In den Mittelpunkt Ihrer politischen Aktivitäten stellte die Partei den Kampf in den Betrieben und Gewerkschaften und den «Antifaschistischen Kampf». Sie publizierte einen Friedensplan, der den «Regierungen beider deutscher Staaten» sowie dem «Senat von Westberlin» vorgelegt werden soll. Darin forderte sie u. a. den Abzug aller fremden Truppen aus beiden deutschen Staaten und für «Westberlin» den Status einer «Freien Stadt». Nach Ansicht der *KPD* sollten beide deutschen Staaten eine «Konföderation» bilden.

Die Partei unterstützte ihre Nebenorganisationen *Rote Garde*, *Kommunistischer Studentebund/ML*, *Revolutionäre Gewerkschaftsopposition*, *Revolutionäre Landbevölkerung*, *Rote Hilfe Deutschlands* und *Deutsch-Albanische Freundschaftsgesellschaft e. V.* bei der politischen Arbeit und Schulungstätigkeit. Insbesondere widmete sie sich der von ihr 1979 gegründeten Massenorganisation *Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden (VOLKSFRONT)*, die sich im Oktober an den Bundestagswahlen beteiligte. Obwohl die *Volksfront* nur rund 10000 Stimmen erhielt, erklärte die *KPD*, daß sich die Wahlkampfunterstützung gelohnt habe. Es sei gelungen, die *Volksfront* bekannt zu machen

und im Verlauf der Wahlkampagne bundesweit mehrere hundert neue Mitglieder zu werben. Die *Volksfront* war ursprünglich von der *KPD* ausschließlich für eine Wahlbeteiligung an den Bundestagswahlen gegründet worden. Der Vorsitzende der *KPD* gab jedoch im Oktober bekannt, daß die Organisation auch nach den Bundestagswahlen ihre politische Arbeit fortsetzen werde. Als Organ gab die *Volksfront* das *Volksecho* heraus. Es erschien monatlich und wurde in der *KPD*-Druckerei *Alpha-Druck*, Dortmund hergestellt.

In Hessen gehören der *KPD* rund 100 Mitglieder (1979: 150) an. Sie hat Ortsgruppen in Frankfurt am Main, Kassel und Darmstadt. Das Erscheinen von *KPD*-Betriebszeitungen war rückläufig. In Hessen hat die *Volksfront* 13 Kreisverbände sowie acht Ortsgruppen mit rund 150 Mitgliedern und Sympathisanten. Sie hatte in Hessen zur Bundestagswahl eine Landesliste mit zehn Kandidaten und in acht der 22 hessischen Wahlkreise Direktkandidaten aufgestellt. Trotz eines erheblichen propagandistischen Aufwands erreichte sie bei den Erst- und Zweitstimmen jeweils kaum 1000 Stimmen. Die politischen Veranstaltungen der *KPD* und Wahlveranstaltungen der *Volksfront* waren schlecht besucht.

Kommunistischer Bund (KB)

Der *KB* hielt weiterhin an seinen marxistisch-leninistischen Positionen fest. Angesichts seiner anhaltenden innerparteilichen Schwierigkeiten, die in der Vergangenheit zu einer Abspaltung geführt hatten, erklärte er auf seiner Delegiertenkonferenz im Juli den Abschnitt «Rechte und Fraktionen» seines neuen Statuts, nach dem grundsätzlich die Bildung von Fraktionen zulässig ist, zum Arbeitsschwerpunkt.

Dies sollte zur Klärung von Differenzen innerhalb der Partei beitragen. In seiner politischen Arbeit wirkte der *KB* bei antifaschistischen Aktionen mit, so u. a. am *antifaschistischen Bundeskongreß* vom 4. — 6. April in Frankfurt am Main und an Aktionen zur Verhinderung des *NPD-Deutschlandtreffens* am 17. Juni in Frankfurt am Main und Philippsthal (*Rock gegen Rechts*). Während des Bundestagswahlkampfes versuchte er bei den *Grünen* mitzuarbeiten, ferner beteiligte er sich an Aktionen gegen Kernkraftwerke. Darüber hinaus nahm der *KB* im letzten Halbjahr an Aktionen der *Neuen Linken* teil. Er war offensichtlich unfähig, eigene Veranstaltungen durchzuführen. Seine Bemühungen um Einflußnahme hatten nur geringen Erfolg.

Dem *KB* gehören im Bundesgebiet nur noch etwa 750 Mitglieder an, davon in Hessen rund 50 (1979: 100). Die Auflagehöhe seines 14-tägig erscheinenden Zentralorgans *Arbeiterkampf* sank von 9000 auf 6500.

Sonstige kommunistische Gruppen

Neben den bereits erwähnten fanden die kleineren kommunistischen Organisationen, deren Aktivitäten auch 1980 örtlich begrenzt waren, in ihrer politischen Tätigkeit wenig Resonanz unter der Bevölkerung. Von diesen Gruppierungen sind besonders zu erwähnen:

Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands (KABD) mit den Nebenorganisationen *Revolutionärer Jugendverband Deutschlands (RJVD)*, *Bund Kommunistischer Intellektueller (BKI)* und *Kommunistische Studentengruppen (KSG)*. Dem *KABD* gehören nach wie vor rund 700 — in Hessen rund 60 — Mitglieder an. Sein Zentral-

organ ist die *Rote Fahne* mit einer Auflage von 7000 Exemplaren.

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) mit der Nebenorganisation *Kommunistischer Hochschulbund (KHB)*. Der Bund hat bundesweit rund 300, in Hessen rund 20 Mitglieder. Zentralorgan ist die *Kommunistische Arbeiterzeitung* mit einer Auflage von rund 1500 Exemplaren. Vom 13. September bis 5. Oktober veranstaltete der *AB* durch 26 Städte der Bundesrepublik Deutschland einen *Anachronistischen Zug*, mit dem er auf die angebliche Gefahr einer «Rechtsentwicklung» bei einer Kanzlerschaft von Dr. Strauß aufmerksam machen wollte. Der Zug führte auch durch Hessen.

Komitee für Demokratie und Sozialismus (KDS)

Trotz der Absicht des *KDS*, 1980 verstärkt zur Entwicklung der Aktionseinheit der sozialistischen/kommunistischen Kräfte vor Ort beizutragen, mußte einer der führenden Theoretiker anläßlich einer Bundeskonferenz vom 1. — 2. November in Brömen vor rund 100 Teilnehmern bekennen, daß die Organisation ihrem Anspruch, «überfraktioneller Sammelpunkt» der sozialistischen/kommunistischen Bewegung zu sein, nicht gerecht werden konnte. Es sei wegen des desolaten Zustandes der «linken Bewegung» nicht einmal an «punktuelle Einigungen» zu denken gewesen. Der Gruppe gehören im Bundesgebiet 250 Mitglieder an, in Hessen dürfte die Anhängerschaft 20 Personen nicht übersteigen. Das Komitee gibt als Organ die *hefte für demokratie und sozialismus* heraus.

Trotzkistische Gruppen

Die bundesweit rund 800 Anhänger mehrerer Gruppierungen, die sich an der Lehre von Leo Trotzki orientieren,

waren weiterhin zerstritten und politisch bedeutungslos.

Die größte trotzkistische Organisation blieb die *Gruppe Internationaler Marxisten-Deutsche Sektion der IV. Internationale (GIM)*. Sie hat bundesweit unverändert rund 500, in Hessen etwa 80 Mitglieder. Ihr Zentralorgan *Was tun* — Auflagenhöhe 2500 (1979: 3000) — erschien seit August in neuer Aufmachung und in neuem Format; es wird alle 14 Tage herausgegeben.

Die Aktivitäten der übrigen in Hessen bestehenden Gruppen — u. a. der *Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA)*, der *Spartacusbund*, die *Trotzkistische Liga Deutschlands (TLD)*, die *Kommunistische Liga (KL)*, die *Sozialistische Arbeitergruppe (SAG)* — waren rückläufig. In Hessen haben diese Gruppen jeweils höchstens 20 Mitglieder.

Undogmatische Neue Linke

Die zahlreichen Gruppierungen der *undogmatischen Neuen Linken* waren weiterhin unter sich zerstritten und zeigten trotz gelegentlicher gemeinsamer Aktionen keine Einigungstendenzen. Sie lehnten nach wie vor die marxistisch-leninistische Konzeption, feste Organisationsformen und jegliche Bindungen an Programme ab und traten für Autonomie und Spontaneität ein.

Deutlich wurde eine Trennung in *Alternativbewegungen*, die überwiegend keine extremen Ziele verfolgen, in *Alt-Spontis*, die der Gewaltanwendung weitgehend ablehnend gegenüberstehen, sowie in kleinere *autonome Gruppen*, die die Militanz in der Aktion bejahen. Diese, der *Alt-Sponti-Szene* ablehnend gegenüberstehend, verstanden ihre Politik nicht ausschließlich als «Kopfarbeit» und vertraten den Standpunkt: «Wir nehmen unseren Wider-

stand selber in die Hand, delegieren ist Entfremdung!»

Symptomatisch für diese Bewegung in Hessen, insbesondere in Frankfurt am Main, waren die im Zusammenhang mit Hausbesetzungen bzw. Aktionen gegen die Wohnraummisere entstandenen *Schwarzen Blöcke* mit rund 200 Anhängern. Die Anhänger dieser Gruppen trugen bei ihren Aktionen nicht selten schwarze Kleidung, maskierten ihr Gesicht und waren mit Schutzhelmen ausgerüstet. Sie suchten bewußt die Auseinandersetzung mit der Polizei und setzten dabei Farbbeutel, Schlagstöcke, Steine und Stahlkugeln ein. Als äußeres Zeichen trugen sie bei ihren Aktionen schwarze Fahnen. Bei Schmier- und Sprühaktionen benutzten sie das Symbol der Anarchie, ein schwarzes A in einem schwarz umrandeten Kreis.

Ihre Konzeption hinsichtlich der Formen der Auseinandersetzung kam in einer Broschüre zum Häuserkampf zum Ausdruck, die im Dezember 1980 ohne Impressum erschien. Unter der Überschrift «Reißen wir die Mauern ein, die uns trennen» wurde u. a. ausgeführt: «Dazu gehört der Pflasterstein, der in die richtige Fensterscheibe fliegt, die Demo, das Schwarzfahren beim FVV, das Klauen im Supermarkt und vor allem das Aufknacken von eigenen Strukturen untereinander.» Zu den Hausbesetzungsaktionen meinten die Verfasser — nach den veröffentlichten Artikeln offensichtlich *autonome Gruppen*, *Knastgruppen* sowie Kräfte der *terroristischen Randszene* —, daß dies für die Akteure mehr als «ne Inbesitznahme» bedeutete. Nicht der «Kampf gegen Wohnraumzerstörung», gegen «Bullenterror» sei entscheidend; ein «Erfolg» bestimme sich wesentlich nach dem, «was sich unter uns während einer Aktion be-

wegt und verändert, was für ein Gefühl sich währenddessen unter uns herstellt».

Die Anhänger der *Schwarzen Blöcke* in Frankfurt am Main, die am 1. Mai erstmals öffentlich auftraten, beteiligten sich maßgeblich an zahlreichen gewaltsamen Aktionen und Demonstrationen.

Auch in den Aktionen der *Anti-Kernkraft-Bewegung* sowie gegen die Bundeswehr war eine zunehmende Militanz erkennbar. In einer im November erschienenen *Dokumentation über den Widerstand gegen die Nato-Herbstmanöver* forderten die Verfasser, die Zusammenhänge zwischen Atomprogramm und Aufrüstung neu zu erarbeiten und Perspektiven zu entwickeln, die einen erfolgreichen, revolutionären Widerstand ermöglichen. Es wird angestrebt, ein breites Aktionsbündnis zu erreichen, in dem die einzelnen Gruppen auf ihre eigenen Positionen nicht zu verzichten brauchen. Zur weiteren Arbeit heißt es: «Wir denken, daß wir diesen Staat nur abschaffen können, wenn sich sehr viele Menschen auf allen Ebenen auf ihre Art und Weise zur Wehr setzen, ihre eigenen Bedürfnisse erkennen, sich darüber zusammenfinden, daß es der gleiche Staat ist, der uns unterdrückt. Durch staatliche Integrationsangebote dürfen wir uns nicht den Kopf vernebeln lassen. . . . Unser Widerstand muß bestimmt sein von den Fragen, wo sind wir betroffen, wo sehen wir Möglichkeiten den Staat anzugreifen, wie können wir uns anderen vermitteln, wie werden wir mehr».

Linksextreme Bestrebungen an den Hochschulen

In den Studentenparlamenten der hessischen Universitäten und Hochschu-

len wurden 1980 die vorhandenen 157 Sitze neu besetzt. Von diesen gewannen linksextreme Gruppen 55. Dies bedeutet gegenüber 1979 den Verlust von acht Sitzen. Die Gruppen der *undogmatischen Neuen Linken (Sozialistische Hochschulinitiativen, Basisgruppen)* verfügen weiterhin über 39 Sitze. Die Gruppen *Marxistischer Studentebund Spartakus (MSB)* sowie *Sozialistischer Hochschulbund (SHB)* hatten beachtliche Verluste. Sie besitzen nur noch 15 (1979: 22) Mandate. Von den *dogmatischen K-Gruppen* ist die Studentenorganisation des KBW, der *Kommunistische Studentebund (KSB)*, weiterhin mit einem Sitz im Studentenparlament der Gesamthochschule Kassel vertreten. Sein 1979 gewonnenes Mandat an der Universität Gießen hat er verloren.

Terrorismus

Rote Armee Fraktion (RAF)

Verschiedene Ereignisse im Laufe des Jahres zeigten, daß Mitglieder der *RAF* mit spektakulären Aktionen den bewaffneten Kampf gegen die Bundesrepublik Deutschland fortführen wollen. Die im Untergrund lebenden und agierenden *RAF-Kommandos* wurden dabei von einem scheinlegalen Unterstützernetzwerk umgeben, der für die Informationsvermittlung, die Häftlingsbetreuung und die propagandistische Unterstützung zu sorgen hatte. Erneut war festzustellen, daß bevorzugt Mitglieder dieser Unterstützerguppen von den *Kommandos* für den illegalen Kampf rekrutiert wurden. Obwohl es seit 1977 zu keinen terroristischen Aktionen wie Geiselnahmen und Mordanschlägen gekommen ist, besteht die Bedrohung durch die *RAF* weiter.

Am 5. Mai konnten in Paris fünf mutmaßliche Terroristinnen festgenom-

men und mehrere konspirative Wohnungen entdeckt werden. Eine der Festgenommenen gehört der *RAF* an, die übrigen waren der *Bewegung 2. Juni* zuzurechnen. Die schon vorher vermuteten Kontakte der *RAF* zu einem Teil der *Bewegung 2. Juni* fanden dadurch ihre Bestätigung. Etwa einen Monat nach diesem Ereignis erschien eine Erklärung, in der es hieß: «Nach zehn Jahren bewaffnetem Kampf wollen wir unsere Geschichte kritisch reflektieren und erklären, warum wir heute sagen: Wir lösen die Bewegung 2. Juni als Organisation auf und führen in der *RAF* — als *RAF* — den antiimperialistischen Kampf weiter».

Die personelle Zusammenführung der beiden Terrorgruppen wurde bestätigt, als bei einem Verkehrsunfall am 25. Juli ein Mitglied der *Bewegung 2. Juni* (Julliane Plambeck) und ein Angehöriger der *RAF* (Wolfgang Beer) gemeinsam ums Leben kamen.

Im Zusammenhang mit diesen Ereignissen wurden mehrere konspirative Wohnungen entdeckt. Die darin gefundenen Unterlagen ließen erkennen, daß die Vorbereitungen für Terroraktionen bereits fortgeschritten waren. Als mögliche Ziele wurden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, militärische Anlagen und Einrichtungen von Sicherheitsbehörden genannt. Die Festnahmen, der tödliche Verkehrsunfall und die Entdeckung der von den Bandenmitgliedern benutzten Wohnungen bewirkten jedoch eine Verunsicherung der Terrorkommandos.

Die Unterstützergruppen der *RAF* befaßten sich weiter mit der Weitergabe von Informationen, Häftlingsbetreuung, Prozeßbesuchen und Abwicklung von Propaganda-Aktionen für die *RAF*. Ihre Mitglieder dienten als Kontaktstellen zu den mit Haftbefehl gesuch-

ten Terroristen der *RAF*. Zusätzlich entwickelten die *RAF*-Unterstützer eine neue Strategie mit dem Ziel, die Isolation zu durchbrechen und die personelle Basis zu verbreitern. So beteiligten sie sich an Demonstrationen und Aktionen anderer Gruppen, wobei sie offen ihre Solidarität mit der *RAF* erklärten. Dieses Verhalten wurde bei mehreren Veranstaltungen in Hessen sowie gleichartigen Aktionen in West-Berlin und anderen Großstädten im Bundesgebiet deutlich.

Mitglieder des *RAF*-Unterstützerbereichs waren für folgende Aktionen verantwortlich bzw. an ihnen beteiligt:

- 23. März: Störung einer Kunstausstellung in Frankfurt am Main. Die Störer verlangten auf Transparenten und in Flugblättern die Abschaffung der «Hochsicherheitstrakte» und die Zusammenlegung der «politischen Gefangenen».
- 9. April: Störung der Eröffnungsfeier des «5. Internationalen Kolloquiums über die europäische Menschenrechtskonvention» in der Frankfurter Paulskirche. Es wurde zum Kampf gegen die «Vernichtungshaft» aufgerufen und die Zusammenlegung der «Gefangenen aus der Guerilla» gefordert.
- 30. April: Demonstration vor der Justizvollzugsanstalt III in Frankfurt am Main mit dem Thema «Zusammenlegung der Gefangenen».
- 2. Juni: Vorübergehende Besetzung und Sachbeschädigungen des Amerika-Hauses in Frankfurt am Main. In einem Bekenner-schrei-

ben wurde zur Solidarität mit der RAF aufgerufen.

- 17. Juni: Angriffe auf Polizeibeamte und Sachbeschädigungen anlässlich der Demonstration *Rock gegen Rechts* in Frankfurt am Main.
- 30. Juli/ Demonstration anlässlich 1. Aug.: der Beerdigung von Juliane Plambeck und Wolfgang Beer.
- 1. und Plakataktion zum Tode 6. Aug.: von Plambeck und Beer in Frankfurt am Main und Wiesbaden.

Die Absicht, Personen aus dem Bereich der undogmatischen Neuen Linken dafür zu gewinnen, die Forderungen der RAF zu unterstützen, führte nur in Einzelfällen zum Erfolg. Insbesondere autonome Gruppen mit anarchistischer Zielsetzung waren für eine Beeinflussung durch RAF-Unterstützergruppen zugänglich und unterstützten ihre Forderungen durch Schmieraktionen.

Revolutionäre Zellen (RZ)

Die seit 1973 bekannten und für eine Vielzahl von Anschlägen verantwortlichen *Revolutionären Zellen* traten auch 1980 mehrfach durch Aktionen in Erscheinung.

Die schwersten Sprengstoffanschläge richteten sich gegen die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg (6. Januar) und das Bundesarbeitsgericht in Kassel (23. März). Zu dem Anschlag gegen das Bundesarbeitsgericht bekannten sich *Revolutionäre Zellen in der IGM*. Diese waren bereits im Vorjahr durch Farbanschläge gegen die Anwesen des Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Metall und seines Stellvertreters in Erscheinung getreten. Einzelne

Tatumstände weisen darauf hin, daß für diese Farbschmierereien im April 1979 und die Bombenanschläge in Nürnberg und Kassel der gleiche Personenkreis verantwortlich ist. *Revolutionäre Zellen* führten darüber hinaus eine Reihe von Brand- und Bombenanschlägen in verschiedenen anderen Städten der Bundesrepublik aus. Weiterhin sind ihnen eine Vielzahl von Schmierereien auch in Hessen zuzurechnen.

Gegen drei mutmaßliche Mitglieder von *Revolutionären Zellen* wurde vor dem Oberlandesgericht in Frankfurt am Main das Hauptverfahren eröffnet.

Erstmals seit zwei Jahren wurde im April eine neue Ausgabe (Nr. 7) der Zeitschrift *Revolutionärer Zorn — Zeitung der Revolutionären Zelle* herausgegeben.

Bewegung 2. Juni

Aktionen der *Bewegung 2. Juni* wurden im Jahre 1980 nicht mehr festgestellt. Die schon im Vorjahr beobachtete Spaltung der Terrorgruppe hat sich nunmehr endgültig vollzogen. Zeichen des offenen Bruchs war das Schreiben im Juni, in dem die Auflösung der *Bewegung 2. Juni* und ihr Anschluß an die RAF erklärt wurde. Dabei handelte es sich um den Teil der «Bewegung», der bereits früher ein ähnliches Konzept wie die RAF verfolgte, sich im Untergrund befand und aus dieser Situation heraus Kontakte zu den illegalen *RAF-Kommandos* unterhielt.

Der andere Teil der *Bewegung 2. Juni*, der schon 1979 nach einer veränderten Form des «Widerstandes» und der Organisation suchte und Aktionen wie die Flugzeugentführung nach Mogadischu als «volksfeindlich» ablehnte, widersprach in mehreren Erklärungen der Auflösung.

Umfeld des Terrorismus

Die personelle und strukturelle Situation im Vorfeld des Terrorismus veränderte sich gegenüber den Vorjahren nur wenig. Neben dem scheinlegalen RAF-Bereich arbeiteten weitere Gruppen wie *Knastgruppen*, das *Westdeutsche Irland-Solidaritäts-Komitee (WISK)* und *Initiativen*, die sich aus aktuellen Anlässen oft nur kurzfristig zusammenschlossen. Ihre Hauptaufgaben sahen diese Umfeld-Gruppen in der Weitergabe von Informationen, in der Häftlingsbetreuung und in der Durchführung von Solidaritäts- und Propagandaveranstaltungen.

Das WISK führte darüber hinaus eine groß angelegte Solidaritätskampagne für die in britischen Gefängnissen sitzenden Mitglieder der *Irish Republicanischen Armee (IRA)* durch. Im Laufe der Kampagne, insbesondere bei der Abschlußdemonstration im Dezember in Frankfurt am Main, kam es zu erheblichen Schmierereien.

Anläßlich des Prozesses gegen die mutmaßlichen Mitglieder der *Revolutionären Zellen* in Frankfurt am Main gründeten Mitglieder des WISK eine weitere *Initiative*. Dazu erschienen Beiträge in der *Alternativpresse*, Flugblätter und eine Broschüre. Diese Aktivitäten zeigen, daß bestimmte Gruppen des terroristischen Umfelds mit Mitgliedern *Revolutionärer Zellen* sympathisieren.

Beurteilung

Der Linksextremismus gefährdete auch 1980 nicht die freiheitliche demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland. Die DKP und ihre Nebenorganisationen konnten die Zahl ihrer Mitglieder konstant halten und blieben die bedeutendste linksex-

treme Gruppierung. Trotz erheblicher Anstrengungen ist es der DKP jedoch nicht gelungen, bei den Arbeitern eine größere Anhängerschaft zu gewinnen. Auch ein Rückhalt in der Bevölkerung blieb ihr weiterhin versagt. Dies wurde erneut durch den geringen Stimmenanteil der DKP bei den Bundestagswahlen verdeutlicht. Ungeachtet dieser Mißerfolge hält die DKP mit massiver Unterstützung der SED an ihrer verfassungsfeindlichen Zielsetzung fest. Sie ist unvermindert bemüht, alle Möglichkeiten zur Unterwanderung anderer Organisationen auszuschöpfen. Verdeckt agierende DKP-Mitglieder hatten 1980 erheblichen Anteil an der Bildung außerparlamentarischer Aktionsbündnisse sowie am erfolgreichen Auftakt der Kampagne gegen den Nachrüstungsbeschluß der NATO.

Auch die Parteien und Gruppen der *dogmatischen Neuen Linken* verloren weiterhin an Einfluß. Erhebliche Mitgliederverluste und innere Krisen führten zu der Erkenntnis, daß ihre politischen Vorstellungen derzeit nicht mit revolutionärer Gewalt zu verwirklichen sind. Mehr als zuvor mußten sich diese Parteien und Gruppen mit ihren innerorganisatorischen Problemen befassen.

Die *undogmatische Neue Linke* war von dieser Entwicklung nicht betroffen. Es bildeten sich *autonome Gruppen* militanter Prägung wie die *Schwarzen Blöcke* in Frankfurt am Main, die anarchistische Züge erkennen ließen. Unter dem Vorwand, soziale Notlagen wie Wohnungsprobleme zu bekämpfen, waren sie nicht nur hier, sondern auch bei Demonstrationen politischer Natur Initiatoren von Ausschreitungen. Der Schaden, den sie bei Schmieraktionen und Sachbeschädigungen anrichteten, war erheblich. Es ist zu befürchten, daß sich in diesem

Bereich die Radikalisierung verschärft wird.

Die studentischen Parlamentswahlen zeigten, daß die Gruppen der *undogmatischen Neuen Linken* an den hessischen Hochschulen ihre Mandatszahlen halten konnten, während die Gruppen des *orthodoxen Kommunismus* und der *dogmatischen K-Gruppen* an Einfluß verloren.

Die Festnahme der fünf mutmaßlichen Terroristinnen in Paris, der tödliche Unfall von Juliane Plambeck und Wolfgang Beer sowie die Entdeckung meh-

rerer konspirativer Wohnungen haben dazu beigetragen, geplante Aktionen terroristischer Gewalttäter der *RAF* zu verhindern oder zumindest zu stören. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse machen aber auch deutlich, daß *RAF*-Terroristen nach wie vor an der Vorbereitung neuer Gewalttaten arbeiten. Die Anschläge der *Revolutionären Zellen* zeigen, daß auch aus diesen Gruppen mit weiteren Aktionen zu rechnen ist.

Insgesamt muß festgestellt werden, daß die Bedrohung durch den Linksterrorismus weiterhin anhält.

Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern

Der Ausländerextremismus wurde auch 1980 durch starke Aktivitäten türkischer links- und rechtsextremer Organisationen bestimmt. Dabei war gegenüber dem Vorjahr in Hessen wie im gesamten Bundesgebiet eine weitere Zunahme dieser Tätigkeiten zu verzeichnen. So protestierten und demonstrierten insbesondere seit der Übernahme der Regierungsgewalt durch die Militärbehörden in der Türkei am 12. September vor allem linksextreme Türken gegen die neuen Machthaber. Während auch nach dem Tod des jugoslawischen Staatspräsidenten Tito im Mai eine Zunahme der Aktivitäten kroatischer Gruppen nicht festzustellen war, traten iranische und palästinensische Gruppen durch mehrere öffentliche Aktionen in Erscheinung. Exil-Afghanen protestierten öffentlich gegen den Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan. Die übrigen extremen Ausländergruppen beschränkten ihre Aktivitäten auf interne Versammlungen und Zusammenkünfte.

Türkische Gruppen

Die Auseinandersetzungen zwischen türkischen Links- und Rechtsextremisten in der Bundesrepublik Deutschland wurden mit der Machtübernahme durch das Militär in der Türkei am 12. September in den Hintergrund gedrängt. Insbesondere türkische Gruppen der *Neuen Linken* führten gegen die neuen Machthaber bundesweit Protestaktionen durch.

Im einzelnen entwickelten türkische extreme Gruppen folgende Aktivitäten: Am 16. Februar wurden in Rüsselsheim zwei Mitglieder des nationalistischen *Türkischen Kulturvereins* in

Rüsselsheim, einer Mitgliederorganisation der von der nationalistischen *Partei der Nationalen Bewegung (MHP)* beeinflussten *Föderation Demokratischer Türkischer Idealisten-Vereinigungen in Europa (ADÜTDF)* mit Sitz in Frankfurt am Main, von Landsleuten tätlich angegriffen und erheblich verletzt. Als Täter kamen nach Angaben der Verletzten Angehörige des kommunistischen *Türkischen Arbeitervereins in Rüsselsheim* in Betracht.

Am 12. April wurden Angehörige des *Türkischen Kulturvereins* in Rüsselsheim von Landsleuten tätlich angegriffen, als sie Flugblätter verteilten. Auf beiden Seiten gab es Verletzte.

Am 8. Juni kam es in Frankfurt am Main vor dem Kino *Turm-Palast* zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen türkischen Linksextremisten und Mitgliedern des ebenfalls der *ADÜTDF* angehörenden *Türkischen Kulturvereins in Frankfurt am Main und Umgebung e. V.* Anlaß der Gewalttätigkeiten war die Weigerung der Rechtsextremisten, Flugblätter mit kommunistischem Inhalt anzunehmen. Mehrere Personen wurden, zum Teil erheblich, verletzt.

Propagandistische Aktionen der *Föderation der türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (FIDEF)* richteten sich gegen die *ADÜTDF*, gegen die Handhabung des Asylrechts und die Einführung des Visumzwangs für Türken. In einer Flugschrift der *FIDEF* vom 21. August heißt es: «Tausenden von politischen Verfolgten aus der Türkei, die den Grauen Wölfen, der neofaschistischen MHP und dem Staatsterror unter der Demirel-Regierung entfliehen, verweigert die Bundesregierung das im Grundgesetz verbriefte Asylrecht.»

Die Machtübernahme durch das Militär in der Türkei löste bei den Linksextremisten Aktivitäten aus. In Frankfurt am Main beteiligten sich an den von Gruppen der Neuen Linken durchgeführten Demonstrationen gegen die Militärregierung am 20. und 27. September etwa 3.500 und 1.200 Personen. Unter den Demonstranten befanden sich jeweils etwa 300 Deutsche, die überwiegend der *Sponti-Szene* zuzuordnen waren.

Aus dem gleichen Anlaß führten die *Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V. (ATIF)* und die *Konföderation der Studenten aus der Türkei (TÖK)* vom 13. bis 18. Oktober in verschiedenen Städten des Bundesgebiets, so auch in Darmstadt und Wiesbaden, Hungerstreikaktionen mit bis zu 20 Teilnehmern durch.

Die Mitgliedsvereinigungen der *ADÜTDF* haben sich trotz der Verhaftung führender Mitglieder der *MHP* in der Türkei noch nicht öffentlich gegen die Militärregierung gewandt. Aus Anlaß des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan führten sie am 5./6. Januar in verschiedenen Städten des Bundesgebiets Demonstrationen durch. In Frankfurt am Main beteiligten sich an der von dem *Türkischen Kulturverein in Frankfurt am Main und Umgebung e. V.* am 6. Januar organisierten Demonstration ungefähr 500 Personen. Sie verteilten Flugblätter und führten Transparente mit, auf denen u. a. das Verbot der «sowjettreuen Organisation *FIDEF*» gefordert wurde.

Die *ADÜTDF* startete Mitte des Jahres eine Aufklärungskampagne «über linksextremistische türkische Organisationen sowie deutsche und türkische Linksextremisten». Ein Flugblatt enthielt massive Angriffe gegen türkische Linksextremisten, die für eine

«Eskalation des Terrors in der Bundesrepublik Deutschland» verantwortlich gemacht werden, und forderte ein Verbot der *FIDEF*, der *Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland (KOMKAR)* sowie weiterer linksextremer türkischer Organisationen.

Die Ermordung des stellvertretenden Vorsitzenden der *MHP*, Gün Sazak, am 27. Mai in Ankara, erhöhte die auf Grund vermehrter Übergriffe linksextremer Türken bei türkischen Nationalisten bereits vorhandene Bereitschaft zur Gewaltanwendung. In ungewöhnlich scharfer Form setzte sich ein Flugblatt der *ADÜTDF* mit dem politischen Gegner, den «Roten Knechten Moskau», auseinander:

«Der Tag wird kommen, an dem unsere Fäuste mit Groll und Haß wie ein Schmiedehammer auf ihre Köpfe einschlagen werden. Der Tag der Rache wird kommen, dann werden wir ihnen zeigen, wie Blut gegen Blut, Zahn gegen Zahn und Auge gegen Auge gekämpft wird.»

Kroatische Gruppen

Nach dem Tod Titos im Mai ist bei den kroatischen Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland eine gewisse Beruhigung eingetreten. Die vielfach für den «Tag X» angekündigten Gewaltaktionen blieben aus.

In den Morgenstunden des 13. Januar wurde der kroatische Extremist und ehemalige Funktionär der *Vereinigten Kroaten in Europa e. V. (UHE)*, Nikola Milicevic, auf dem Parkplatz vor seiner Wohnung in Frankfurt am Main erschossen aufgefunden. Trotz zahlreicher Hinweise aus der Bevölkerung, insbesondere jugoslawischer Emigranten, konnte das Verbrechen bis heute nicht aufgeklärt werden.

Am 19. März fand in Frankfurt am Main eine Pressekonferenz von Anhängern des *Kroatischen Frühlings*, einer linken Gruppierung innerhalb des *Kroatischen Nationalrats (HNV)*, statt, an der rund 20 *HNV*-Funktionäre aus Europa und Übersee teilnahmen. Dabei wurde bekannt gegeben, daß *HNV*-Funktionäre Mitte März in Malmö/Schweden die Vereinigung *Koordinationszentrum der im Ausland lebenden Kroaten (KCAK)* gegründet hatten. Den Pressevertretern wurde erklärt, daß sich die neugegründete Organisation vor allem den Autonomiebestrebungen Kroatiens widmen werde. Nach dem Tod Titos kamen das *KCAK* und der *Bund der kroatischen Kommunisten im Ausland* in Frankfurt am Main überein, jede feindliche Tätigkeit gegen Jugoslawien einzustellen. Der Vorsitzende des *Bundes der Kroatischen Kommunisten im Ausland*, Tomo Sedlo, Frankfurt am Main, begründete den Beschluß dahingehend, daß die Erhaltung eines unabhängigen Jugoslawiens oberstes Ziel seiner Organisation sei. Innerhalb der kroatischen Emigration stieß jedoch der Beschluß auf heftige Kritik.

Iranische Gruppen

Die *Conföderation Iranischer Studenten — National-Union (CISNU)* — Dachorganisation aller politisch links-extremen Iraner — war auch 1980 in sich zerstritten. Bezeichnend hierfür waren vor allem Auseinandersetzungen zwischen Khomeini-Anhängern und -Gegnern.

Am 23. April kam es an der Technischen Hochschule Darmstadt zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern des *Iranischen Studentenvereins Darmstadt* und Anhängern der islamisch-nationalistischen *Union der islamischen Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.)*. Anlaß der Streitigkeiten,

die in Tötlichkeiten ausarteten, waren vom *Studentenverein Darmstadt* verteilte Aufrufe gegen das Khomeini-Regime.

13 iranische Kurden besetzten am 1. Mai den Frankfurter Dom. Sie forderten die «Beendigung des Volksmordes in Kurdistan».

Palästinensische Gruppen

1980 bemühten sich Funktionäre der *Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO)* vor allem um den weiteren Ausbau der *Palästinensischen Arbeitervereine (PAV)* und der *Palästinensischen Studentenvereine (PSV)* in der Bundesrepublik Deutschland. Damit sollen den Palästinensern im Bundesgebiet Ersatzorganisationen für die 1972 in der Bundesrepublik Deutschland verbotenen Vereinigungen *Generalunion Arabischer Arbeiter (GUPA)* und *Generalunion Arabischer Studenten (GUPS)* geboten werden. In Hessen bestehen bisher Gruppen in Frankfurt am Main, Kassel und Viernheim.

Am 1. März fand in Frankfurt am Main unter Beteiligung von etwa 400 Personen eine Veranstaltung der maoistisch-leninistischen *Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas (DFLP)* statt. Anlaß der Veranstaltung war der 11. Jahrestag der Gründung der *DFLP*. Alle Referenten befürworteten die Politik der UdSSR und erklärten, daß die *DFLP* als «führende linke Kraft» innerhalb der *PLO* anzusehen sei.

Afghanische Gruppen

Wegen des Einmarsches der Sowjetunion am 27. Dezember 1979 in Afghanistan traten 1980 afghanische Organisationen verstärkt durch Flugblattaktionen und Demonstrationen in Er-

scheinung. Die Aktivitäten wurden insbesondere durch türkische und deutsche linksextreme Gruppierungen unterstützt. In Flugblättern «Was Carter recht und Breschnew billig ist, ist uns nicht geheuer» rief die *Generalunion der Afghanischen Studenten im Ausland (GUAFS)*, zu einem Teach-in am 25. Januar in der Johann Wolfgang Goethe-Universität auf. Die Veranstaltung, an der etwa 250 Personen teilnahmen und die mit einer Massenschlägerei endete, diente der Vorbereitung einer Demonstration am 26. Januar in Frankfurt am Main, an der sich ungefähr 800 Personen beteiligten.

Unter dem Motto «Demonstration zwecks Schmähung der Invasion der Sowjets in Bezug auf die Olympischen Spiele» führte die islamisch-nationalistische *Union der islamischen Studentenvereine (I.A.A.S.)* am 19. Juli eine Demonstration in Frankfurt am Main durch, an der etwa 1.000 Personen teilnahmen. Spruchbänder wie «Es lebe die islamische Bewegung Afghanistans», «Nieder mit dem US-Imperialismus» und «Nieder mit dem russischen Einmarsch in Afghanistan» wurden mitgeführt.

Am 27. Dezember führte die *GUAFS* in

Frankfurt am Main eine weitere Demonstration mit ca. 300 Personen gegen die bereits ein Jahr dauernde Besetzung Afghanistans durch. Bei der Abschlußkundgebung wurden eine menschengroße Stoffpuppe und ein Plakat mit einer «Breschnew-Karikatur» verbrannt. Es kam zu Widerstandshandlungen, als die Polizei einschritt. Zwei Polizeibeamte wurden leicht verletzt.

Beurteilung

Die Aktivitäten extremer ausländischer Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland spiegeln vielfach die innenpolitische Situation in diesen Ländern wider. Insbesondere der Bereich des türkischen Extremismus war nach dem Militärputsch am 12. September durch die darauf erfolgten Reaktionen türkischer Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland gekennzeichnet. Ob sich die bereits vorhandene Bereitschaft zur Gewaltanwendung bei den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden türkischen Links- und Rechtsextremisten weiter steigert, wird nicht zuletzt von der Entwicklung der politischen Situation in der Türkei abhängen.

Spionageabwehr

Allgemeine Lage

Wie in den Vorjahren war die Bundesrepublik Deutschland auch 1980 in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik sowie Militärwesen Ziel intensiver nachrichtendienstlicher Aktivitäten der Geheimdienste nahezu aller Staaten des kommunisti-

schen, insbesondere des sowjetischen Einflußbereichs.

Im Verständnis kommunistischer Partei- und Staatsführung ist Spionage nicht nur Mittel zur Informationsgewinnung, sondern zugleich Teil des Kampfes gegen die freiheitliche Demokratie mit dem Ziel, die Verwirklichung der «sozialistischen» Staatsform durchzusetzen.

Werbungsanlässe und -methodik

Werbungsanlässe und -methoden der Nachrichtendienste kommunistischer Staaten sind auch 1980 im wesentlichen unverändert geblieben; bereits seit Jahren werden die gleichen Taktiken angewandt.

Die Nachbarschaft zur *Deutschen Demokratischen Republik* ermöglichte es vornehmlich den *DDR*-Geheimdiensten, zahlreiche Einzelinformationen zum Zwecke nachrichtendienstlicher Aktivitäten zu gewinnen. Zwar ging der durch familiäre Beziehungen bestimmte Reiseverkehr 1980 zurück, doch boten touristische sowie berufliche Reisen ausreichend Ansätze für nachrichtendienstliche Werbungsversuche. So erhalten bei West-Ost-Reisen die Nachrichtendienste der *DDR* aufgrund der Einreisebestimmungen bereits beim Grenzübertritt detaillierte Informationen über Namen, Geburtsdaten, berufliche Tätigkeiten, Beschäftigungsstellen, Dauer der Aufenthalte, Kfz-Kennzeichen, Paßdaten usw.

Im besonderen Interesse des *Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS)* standen weiterhin Personen, die als legale Übersiedler, Abgeschobene und Haftentlassene ihren Aufenthalt in der Bundesrepublik nehmen wollten. Die Ausnahmesituation dieses Personenkreises vor der Übersiedelung ins Bundesgebiet nutzte das *MfS* aus. Hierdurch erzwungene Arbeitsverpflichtungen waren keine Seltenheit.

Als weitere Anbahnungsmöglichkeiten wurden 1980 wiederum Brief- und Telefonkontakte genutzt, wobei der fortschreitende Ausbau des Selbstwählnetzes zwischen der Bundesrepublik und der *DDR* günstige Voraussetzungen für die *DDR*-Geheimdienste geschaffen hat.

Auch der Stellenmarkt der Bundesrepublik wurde vom *MfS* intensiv beobachtet. Beispielhaft dafür ist die aufgrund eines Stelleninserates in einer überregionalen deutschen Tageszeitung erfolgte Briefanbahnung:

«Hildegard
Institut für Dokumentationswesen

7042 Leipzig
. straße 17 a
13. Januar 1980

Ihr Zeichen
Mein Zeichen

Betr.: Ihre Annonce vom 1979
Sehr geehrter Herr.,
ich bestätige dankend den Eingang Ihres Schreibens vom 17. November 1979.

Die Zeitverzögerung in der Beantwortung entstand durch meine betriebliche Auslandstätigkeit in den Entwicklungsländern.

Deshalb darf ich noch einmal auf mein Angebot zur Freien Mitarbeit zurückkommen und vorschlagen, einen persönlichen Besprechungstermin in Berlin durchzuführen.

Hierbei wäre ich bereit, Ihnen die Sehenswürdigkeiten der Stadt zu zeigen. Ich bin darüber hinaus überzeugt, daß Ihnen die Freie Mitarbeit auf Honorarbasis zugesagt wird.

Für den von mir zu erstellenden Sachband über den deutschen Schiffsbau benötige ich Unterlagen, die in der *DDR* nur sehr schwer zugänglich sind. Alles andere möchte ich unserer mündlichen Absprache vorbehalten.

Mit freundlichen Grüßen»

(Zum Schutz vor nachrichtendienstlicher Verstrickung empfiehlt sich in solchen Fällen die sofortige Mitteilung an die Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik Deutschland.)

Ver mehrt gingen gegnerische Nachrichtendienste dazu über, früher als Agenten tätige Bundesbürger zu reaktivieren, vor allem dann, wenn neue berufliche Zugänge sie interessant erscheinen ließen. In Einzelfällen griffen die Dienste des kommunistischen Machtbereichs auf Verpflichtungserklärungen zurück, die bereits vor vielen Jahren unterschrieben worden waren.

Herausgehobene Zielgruppe der gegnerischen Nachrichtendienste, besonders des *MfS*, waren in den letzten Jahren Sekretärinnen im öffentlichen Dienst. Unter falscher Identität in die Bundesrepublik eingeschleuste geheime Mitarbeiter scheuten sich nicht, Verlobung und Eheschließung als Mittel zur Erreichung nachrichtendienstlicher Ziele anzuwenden, die persönliche Abhängigkeit für die Spionagetätigkeit auszubuten.

Einzelne Dienste (Bulgarien, Rumänien) haben sich neben der Werbung aussiedlungswilliger Personen in stärkerem Maße als früher der Touristikreisenden angenommen. Über Paß- und Einreiseformalitäten, Hotelpersonal sowie Banken wurden nachrichtendienstlich nutzbare Ansätze gewonnen, verfängliche Situationen beispielsweise fotografisch dokumentiert und zur Nötigung mißbraucht.

Schwerpunkte der Anstrengungen der *DDR*-Nachrichtendienste in der Feriensaison waren die Urlaubsgebiete an der Schwarzmeerküste, besonders in Bulgarien. Dort konnten Agenten unauffällig Kontakte zu Urlaubern aus der Bundesrepublik Deutschland knüpfen. Der gemeinsam verbrachte Urlaub war nicht selten Anlaß, die Kontakte zu intensivieren und Einladungen in die *DDR* auszusprechen.

Die übrigen kommunistischen Nach-

richtendienste versuchten in der jüngsten Vergangenheit, die offizielle Betreuung der Emigranten aus ihren Ländern in der Bundesrepublik in die Hand zu bekommen, um in deren Organisationen einzudringen. Dabei dienten Besuche in der Heimat und finanzielle Zuwendungen als Mittel der Verstrickung.

Umfang und Ziele nachrichtendienstlicher Aktivitäten

Die schon 1979 hohe Zahl von Werbungen und Werbungsversuchen wurde 1980 erneut übertroffen. Die Tätigkeit der *DDR*-Dienste machte über 70 % aller bekanntgewordenen Fälle aus. Es folgen die Spionageorganisationen Polens, der Tschechoslowakei und Rumäniens.

Die für das Land Hessen maßgeblichen Zahlen haben sich nur unwesentlich verändert: sie liegen weiterhin über dem Bundesdurchschnitt. Hier betrug der Anteil der Operationen der *DDR*-Nachrichtendienste jedoch 80 % des Gesamtaufkommens. Nach der zahlenmäßigen Erfassung folgen die Bemühungen der Geheimdienste der Tschechoslowakei sowie Bulgariens.

Im Jahre 1980 rückte die politische Spionage wieder eindeutig an die erste Stelle gegnerischer Ausspähungsmaßnahmen. Dies gilt für das gesamte Bundesgebiet und in besonders starkem Ausmaß für das Land Hessen. Die Zahl erkannter Aufträge zum Nachteil der Wirtschafts- und Militärbereiche in Hessen war rückläufig, das Gewicht der Einzelaufträge unterstrich jedoch das weiterhin vorhandene Interesse gegnerischer Nachrichtendienste an dem wirtschaftlichen Ballungszentrum im Rhein-Main-Gebiet. Dabei standen die Aktivitäten der Geheimdienste Ju-

goslawiens, der Tschechoslowakei und Bulgariens im Vordergrund.

Führungsmethodik

Die Führungsmethodik hat sich nicht nennenswert verändert. Die *DDR*-Nachrichtendienste zeigten zunächst größere Bereitschaft zu dem Risiko, nachrichtendienstliche Zusammenkünfte außerhalb des kommunistischen Machtbereichs abzuwickeln. Ende des Jahres ließ diese Entwicklung nach, so daß 1981 wieder mit vermehrten Treffen innerhalb des Ostblocks zu rechnen ist.

Die Führung von Agenten im Bundesgebiet über Telefon- und Funkverkehr hielt unvermindert an. Die Beobachtung des Agentenfunks ließ die Intensivierung der Ausstrahlung verschlüsselter Einsatzbefehle erkennen.

Die Verbindungsaufnahme zu Personen in der Bundesrepublik erfolgte u. a. durch den Einsatz von «Inoffiziellen Mitarbeitern». Sie tarnen ihre Reisen in den Westen zur Erfüllung nachrichtendienstlicher Aufgaben (z. B. als Kuriere oder Instruktoren) häufig durch offizielle Industrie-, Messe oder Kongreßbesuche. Auch das Fachgespräch unter Kollegen diente der nachrichtendienstlichen Abschöpfung; nach der Rückkehr in die *DDR* mußte eingehend darüber berichtet werden.

Die Nutzung amtlicher und halbamtlicher Vertretungen im Ausland als nachrichtendienstliche Stützpunkte, sogenannte legale Residenturen, gehört weiterhin zu den klassischen Methoden der kommunistischen Nachrichtendienste. Der Anteil erkannter oder

vermuteter Angehöriger gegnerischer Dienste unter den Mitarbeitern dieser Vertretungen ist hoch.

Beurteilung

Die den Abwehrbehörden der Bundesrepublik bekanntgewordenen Tätigkeiten gegnerischer Nachrichtendienste weisen auf erhöhte Anstrengungen der kommunistischen Staaten hin, Informationsdefizite durch Spionage auszugleichen. Als Ausspähungsschwerpunkte waren die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik, ihr Wirtschafts- und Industriepotential und die Stärke ihrer militärischen Verteidigung zu erkennen. Auch technologische Rückstände in Ländern des Warschauer Paktes sollten durch die Bemühungen auf dem Gebiet der Spionage aufgeholt werden.

Es ist damit zu rechnen, daß die bisherige Entwicklung 1981 anhält. Dabei werden neue und verfeinerte Methoden der gegnerischen Geheimdienste die Abwehrtätigkeit der Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik erschweren. Die Bevölkerung bleibt weiterhin aufgerufen, die Arbeit der Abwehrdienste unseres Landes zu unterstützen, indem sie Hinweise auf mögliche geheimdienstliche Tätigkeiten so rasch wie möglich an die Verfassungsschutzbehörden gelangen läßt. Dieser Weg ist auch dringend solchen Personen zu empfehlen, die sich schon nachrichtendienstlich verstrickt haben. Nur die umfassende Offenbarung schützt auf Dauer vor Abhängigkeiten, aus denen sich der einzelne aus eigener Kraft nicht mehr zu befreien vermag.